

Abonnement-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Grunshi (G. H. Ulrich & Co.)
Breitstrasse 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichs-Str. 4,
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.;
G. J. Hause & Co.

Abonnement-Bureau
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Rudolph Moos;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel;
Hausenhein & Vogler;
in Berlin;
A. Heinegger, Schlossplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Posener Zeitung.

Siebzehnter Jahrgang.

Sechzehnter Jahrgang.

Nr. 104.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt kostet vierthalb für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Montag, 3. März

(Erscheint täglich zwei Mal.)

In jeder 2. Nr. die geschwartzte Zeile oder
einen Raum, die geschwartzte Reklame 5 Sgr. sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
dieselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Nr. vor mittags angenommen.

1873.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pf. sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 15 Sgr. an. Bestellungen bitten gefällig bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Die Zeitungsstempelsteuer.

Wir können es leider nicht verhehlen, daß es auch Menschen ohne reaktionäre Neigungen gibt, welche in der Extrabesteuerung der Zeitungen keine ungerechte, engherige und volksfeindliche Maßregel erblicken. Sie geben allenfalls zu, daß es eine odiosse Sonderbehandlung ist, den Verleger nicht nur wie allen anderen Gewerbetreibenden eine Gewerbesteuer sondern auch noch eine besondere Fabrikatsteuer von jedem Zeitungsblatte abzufordern, eine Steuer, die viel Mühe macht und wenig einbringt. Aber wenn man ihnen sagt: „Durch die Stempelsteuer wird die Bildung, die Wohlthätigkeit und das geistige Eigenthum verhinderet“, so antworten sie: „Die Aufhebung des Zeitungsstamps würde doch nur den Zeitungsbüchern zu Gute kommen, billiger würden die Zeitungen nicht werden.“

Es ist heut leider noch ebenso wie zu Zeiten Frédéric Bastiats, der darüber klagte, daß die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens ungemein wenig verbreitet seien und daß dieseljenigen am ungenügendsten darauf los urtheilen, welche von der Sache am wenigsten verstehen.

Wenn der Verleger der Posener Zeitung die 8000 Thaler Stempelsteuer in die Tasche stecken wollte, so würden unsere Herren Konkurrenten uns bald beseitigt haben. Zwar können mehrere Konkurrenten mit einander verabreden, ihre Produkte auf gleicher Höhe des Preises zu halten, aber im Preissgewerbe hat dies nicht denselben Erfolg wie bei der Eisenbahnkonkurrenz. Denn wer soll einen Dritten verhindern, als Konkurrent aufzutreten und eine billigere Zeitung zu gründen. Er sagt sich einfach: „Jene Verleger verdienen jährlich 5000 Thaler, ich will nur 3000 Thaler verdienen und die anderen 2000 Thaler.“ Es kann kein vernünftiger Mensch widerlegen, daß dies besser ist als die des „neuen Anfängers“.

Das abonnirende Publikum ist also durch die Konkurrenz vollständig gesichert, daß die erlassene Stempelsteuer weit mehr ihm als dem Verleger zu Gute kommen würde. Wir wissen heut noch nicht, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn einmal — was früher oder später kommen muß — wenn die deutsche Presse nicht zu einer Union für Deutschland werden soll — diese Steuer wegfällt, denn dies hängt von den dann herrschenden Preisen für Waare und Arbeit ab, aber so viel können wir versichern, daß die vor mehr als Jahresfrist eingetretenen Erhöhung der Inseratenpreise nicht erfolgt wäre, wenn die Stempelsteuer nicht noch immer festgehalten würde; auch sieht zu vermuten, daß, wenn die Lohnpreise noch weiter gesteigert werden, die Preise der Zeitungen ebenfalls in die Höhe gehen; und es fragt sich sehr, ob man wiederum die Inserenten wird heranziehen können, denn diese bezahlen ja schon jetzt einen Theil des Abonnements für die Abonnenten. Die Posener Zeitung, welche pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. kostet, entrichtet pro Exemplar über 17 Sgr. Stempelsteuer, bleiben also dem Verleger noch nicht 28 Sgr. Davon soll er nun Papier, Segerlohn, Drucker, Expedition, Redaktion und Lokale bezahlen; es langen aber die 27 bis 28 Sgr. noch nicht auf Papier und Druckerschwärze, alles übrige erhält der Abonnent geschenkt d. h. die Inserenten bezahlen es für ihn. Sind dies Geschäftleute, so schlagen sie allerdings den Preis auf die Waare, aber ist es nicht höchst unbillig, eine Zeitung d. h. ein Bildungsinstitut zu benützen, um dadurch das Volk zu einer Steuer heranzuziehen, in deren Erhebung man als verkappten Steuerboten den Zeitungsvorleger benötigt?

Nehmen wir an, daß nach Aufhebung der Stempelsteuer, die eine oder andere Zeitung den früheren Preis beibehält, so wird sie, um die Konkurrenz mit der billigeren Zeitung auszuhalten, mindestens ebenso viel, als sie durch den höheren Preis gewinnt, darauf verwenden müssen, um an Umfang, Güte und Mannigfaltigkeit des bezahlten Stoffs z. z. ihre billigere Konkurrentin zu übertrifffen, wenn sie sich die frühere Vorheiterung sichern will. Die Konkurrenz ist übrigens weit größer als die Meisten glauben. Unsere Zeitung konkurriert nicht nur mit der deutschen Kollegin hier, sondern auch mit den polnischen Blättern am Orte, im Norden der Provinz mit der „Bromberger Zeitung“, im Süden mit den schlesischen Blättern, am meisten aber mit den Berliner Zeitungen. Die Konkurrenz dieser Blätter zusammen ist viel Mal größer als die lokale, und da alle diese Zeitungen das Mögliche leisten, um ihre Konkurrenten zu überbieten, so ist die Besorgniß ganz ungerechtfertigt, daß nicht das Publikum sondern die Verleger von der Aufhebung des Zeitungsstamps profitieren werden. Die Verleger werden allerdings auch ihren Vortheil von dem Wegfall der Steuer haben: sie werden von den Scherereien befreit, die mit der Aufhebung der Steuer verbunden sind, sie hoffen außerdem auf eine größere Verbreitung ihrer Zeitungen und die Besitzer der mittleren Zeitungen würden nicht mehr zu Gunsten der an Inseraten wohl versorgten Blätter benachtheilt werden. Über diesen letzten Punkt — die ungerechte Vertheilung der Steuer auf die einzelnen Zeitungen, wollen wir morgen sprechen.

Die Pfarrwahl in Hirschberg.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, (vergl. unser Morgenbl. vom Sonnabend), ist am 28. Februar in Hirschberg ein altkatholischer Stadt-Pfarrer gewählt worden. Der „Vater“ berichtet über den Wahltag Folgendes:

Bei der am 28. Februar vollzogenen „allgemeinen Wahl eines katholischen Stadt-Pfarrers hier selbst fiel in sämtlichen 19 Wahlkörpern die Majorität der Stimmen auf den Pfarrer Otto Häfner in München. Die Wahl wurde Vormittags von 10—12 Uhr vollzogen; nur in der Bäcker-Innung fand die Nachmittags um 2 Uhr statt. Obwohl zur Wiederbesetzung der erledigten Pfarrerstelle 15 Meldungen eingegangen waren, so handelte es sich bei der Entscheidung im Allgemeinen doch nur um die beiden Kandidaten: Pfarrer Häfner und den Pfarr-Administrator Augustin Voewe, der von den Vorstehern der katholischen Kirchengemeinde zur Wahl vorgeschlagen war. Herr Otto Häfner erhielt im Ganzen 183 Stimmen, Herr Voewe 135 Stimmen, 4 Stimmen waren vereinzelt.

Über die Bedeutung dieser Wahl und den ihr vorangegangenen Kampf dürfte folgende Korrespondenz von Interesse sein, welche wir aus Hirschberg von einem früheren Bewohner unserer Provinz erhalten:

Hirschberg, 28. Februar . . . Zum Verständnis der hiesigen Vorgänge diene Ihnen Sefern Folgendes:

Nach einer vom König Ludwig bestätigten Urkunde aus dem Jahre 1523 steht der Stadtgemeinde das Patronatsrecht über die hiesige katholische Pfarrkirche zu und die kirchlichen Gemeindelieder üben ihr Recht ohne Unterchied des Glaubensbekenntnisses. Die Ausübung der Patronats-Rechte hat von jeher dem Magistrat obgelegen; nur bei den vorkommenden Pfarr-Wahlen beteiligten sich die einzelnen Mitglieder der Kommune. Das Wahlrecht wurde durch 3 Jahrhunderte in der Form ausgeübt, daß die (19) Bürgen und bestehenden Korporationen gesondert über die Kandidaten abstimmen. Absolute Majorität der anwesenden Wähler entschied, und von den Dreiern, die auf sich die höchste Stimmenzahl vereinigten, hatte Magistrat den Pfarrer zu wählen. Da inzwischen viele Bürgen eingegangen waren, so wurde das Wahlregulativ im Jahre 1832 umgeändert, und an Stelle der eingegangenen Bürgen neue Wahlkörper gebildet, in welche die nicht zünftigen Bürger verheilt wurden, so daß jetzt die Kaufmanns-Societät 9 Bürgen und 9 Stadtbezirke die Wahl auszuüben haben. Bisher hatten stets die evangel. Wähler den Wünsten ihrer katholischen Bürgen entsprochen und darum zeichnete sich Hirschberg rühmlichst durch seinen konfessionellen Frieden aus. Die Geistlichen beider Konfessionen lebten friedlich zusammen und beteiligten sich an den gegenseitigen Kirchfesten, Begegnissen u. s. w. bis in den letzten Decennien durch Beschl. von oben den kath. Geistlichen eine strengere Zurückhaltung aufseralet anbefohlen wurde. Mit dem „Insatzkrieg“ entstand eine Trennung in der kath. Gemeinde, da einige intelligente Mitglieder derselben aus dem Gewerbestande das neue Dogma nicht anerkannten. Mit dem Tode des milden Erzbischofs Schupp v. J., der zwar das neue Dogma auch, aber mit schwerem Herzen anerkannete, mehrte sich die Anzahl der dem alten Glauben treu verbleibenden Katholiken. Beide Parteien werben nur für Ihren Kandidaten bei den evangel. Bürgern die Stimmen. Der Magistrat wollte der schwierigen Sache ausweichen und hatte bereits ein neues Regulativ ausgearbeitet, nach welchem die Katholiken allein wählen sollten. Die Stadtverordneten jedoch nahmen es nicht an, da sie ein Recht für das ihre Vorfahren 3000 Dukaten gezahlt haben, nicht aufgeben wollten. Der Kandidat der Alt-katholiken ist Otto Häfner, früher Kaplan in Schlesien, bis er nach dem letzten römischen Konzil seine Stellung in Habelschwert freiwillig aufgab und in München Priester wurde. Am 30. Dezember stellte er sich der hiesigen Gemeinde vor und gewann in einem geistvollen Vortrage Aler Herzen. Da heute in den Innungen und Stadtbezirken die Wahl stattfinden sollte, so fuhren die Alt-katholiken am vorigen Mittwoch noch starkes aber edles Geschütz auf, nämlich die Professoren Reinkens und Weber aus Breslau, welche im Siegmund'schen Saale eine Versammlung von 700 Personen — viele Hunderte mussten wegen Mangel an Platz umstehen — durch ihre Vorträge anregten und manchen lauen Christen bestimmten, bei der Wahl nicht zu schlafen. Da, zur letzten Stunde, als die Ultramontanen die drohende Gefahr merkten, vertheilten sie noch gestern Abend Plakate, in der sie ihre Bürgen beschworen, ihre Kandidaten, Kaplan Voewe, die Stimme zu geben; da aber der Schlusspunkt ihres Aufrufs eine verstekte Drohung enthält, so haben sie nur bei der durch Reinkens und Weber hervorgebrachten Stimmung Del in's Feuer geöffnet und es läßt sich annehmen, daß Otto Häfner in allen Wahlkörpern als Sieger hervorgehen wird. In diesem Falle kann Magistrat nur ihn allein wählen und dem Bischof zur Bestätigung präsentieren.

Dann aber kommt erst das Interessante. Das Wahlregulativ besagt nämlich weiter: „Erhält der Gewählte nicht die Bestätigung, so findet eine 2. Wahl statt; erhält der 1. auch keine Bestätigung von Seiten des Bischofs, so stellt ihn der Magistrat ohne Weiteres an. Es würde dann der Streit um das Kirchenvermögen losgehen. Eben komme ich von der Wahl meines Bezirkes, in dem die Ultramontanen noch ziemlich stark unter der Regie des Grafen Ballerstrem vertreten waren, dennoch hatte Häfner 68 Stimmen und Voewe nur 16 Stimmen erhalten. — Ähnlich wird es sich in den andern Bezirken verhalten.

Deutschland.

△ Berlin, 1. März. Schon vor einiger Zeit hatte ich gemeldet, daß die disziplinarischen Schritte der Staatsregierung in Betreff des Geh. Oberregierungsraths Wagener keineswegs, wie von Seiten des „Deutschen Wochenblattes“ angedeutet worden, bis dahin ausgeübt seien, bis die Spezial-Untersuchungskommission zu einem Ergebnis gelangt sein würde. In der That ist der Geh. Oberfinanzrat Schuhmann beauftragt, ein Skutinalverfahren gegen Herrn Wagener einzuleiten und zwar denselben auf Grund der eingereichten Vertheidigungsschrift über einige Punkte zu vernehmen, welche noch einer weiteren Aufklärung bedürfig erachtet werden sind. Dies Verfahren ist vor ungefähr acht Tagen beschlossen worden und es ist daher begreiflich, daß man es auffällig gefunden hat, nicht zu erfahren, daß der Anordnung der Staatsregierung Folge gegeben sei. Zur Aufklärung darüber dürften die von kompetenter Seite ausgehenden nachstehenden Notizen dienen. Bei der Beschlusssitzung der königl. Staatsregierung war zunächst ein anderer Kommissarius in Aussicht genommen, und erst nachdem von Seiten desselben der Auftrag abgelehnt worden, wurde am jüngsten Dienstag der Geheime Oberfinanzrat Schuhmann

damit betraut. Derselbe hat nun ein paar Tage bedurft, um sich aus den Akten des Handelsministers und des Stadtgerichts vollständig zu informiren, er hatte jedoch die Absicht, heute mit der Untersuchung zu beginnen. — In der allgemeinen Verordnung des Kultusministers über das Volksschulwesen sind bekanntlich genaue Bestimmungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der Volksschule aufgestellt worden. Da nun aber ohne Zweifel Bezirke vorhanden sein werden, in denen die Behörden gegenüber der Armuth der Gemeinden und anderen Schwierigkeiten eine der als normal bezeichneten Schuleinrichtungen von der Gemeinde noch nicht fordern können, so hat der Minister eine schone Verbilligung solcher Verhältnisse anempfohlen, aber dabei die Erwartung ausgesprochen, daß es gleichwohl der Fürsorge der Unterrichtsverwaltung gelingen werde, das Volksschulwesen dem klar erkannnten Zielen sicher entgegen zu führen. — Nach einer Mittheilung der preußischen Landeskommision für die wiener Weltausstellung werden die Sendungen zu der Ausstellung einen bedeutenden Umfang annehmen, indem nach einer ungefähren Schätzung von den 3500 Ausstellern Preußen allein etwa 15—20.000 Kölle und aus dem ganzen Reich etwa die doppelte Menge Güter zur Versendung gelangen werden. Um nun die deshalb erforderliche Regelmäßigkeit der Transporte zu fördern, ist angeordnet worden, die betreffenden Güter wo möglich in ganzen Zügen oder doch in ganzen Wagenladungen zur Versendung aufgegeben werden. Auch sollen diese Sendungen unter zollamtlichen Beihilfen gelegt und ohne weitere Revision bis in die Ausstellungsräume befördert werden.

Über die noch immer nicht abgethanne Kammerherrnaffaire wird fortwährend Organen geschrieben: Die Annahme ultramontaner Organe, daß der Oberst Kammerherr Graf Redern die bekannte Kammerherrn-Angelegenheit des Grafen Schaffgotsch im Sande verlaufen läßt, ist ungerechtfertigt. Was diesem Hofbeamten oblag, hat er pflichtgemäß erfüllt. Die Untersuchung des Falles wurde seitens des Staatsministeriums gepflogen und fiel speziell dem Geh. Ober-Regierungsrath Wagener zu. Die Sistirung der weiteren Maßnahmen und insbesondere der Vortrag an den König hing mit den Ereignissen zusammen, welche die lasterische Rede hervorrief. Ob der gegenwärtige Ministerpräsident solchen Erwägungen Raum giebt, die über diese Angelegenheit in gewissen Hofkreisen Geltung erlangt haben, das wissen wir nicht. Aber jedenfalls ist zu bemerken, daß der Schaffgotsch'sche Fall noch unter der Amtswirklichkeit des früheren Ministerpräsidenten spielte.

— Die Nachricht, daß der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Dr. Achenbach zu der gleichen Stellung im Handelsministerium berufen werden sollte, wird der „Kreuztg.“ als unwahrscheinlich bezeichnet, da derselbe in seiner jetzigen Stellung in diesem Augenblick nicht leicht entbehrlich sein würde. Das Blatt hört einen der tüchtigsten Räthe des Handelsministeriums vorzugsweise für die gedachte Stellung bezeichnen.

— Am Sonnabend hat, wie die „Kreuztg.“ hört, eine erste Vernehmung des Wirtl. Geheimen Ober-Regierungsraths Wagener durch den General-Steuer-Direktor Schuhmann in den von dem Staatsministerium angeordneten Skutinal-Verfahren stattgefunden. Wie der „Publicist“ mittheilt hat der Geheimrat Wagener gerichtliche Verfolgung gegen mehrere hiesige Blätter wegen Beleidigung resp. Verläumding beantragt. Dasselbe soll auch Herr George Lewine gethan haben. Im Handelsministerium hat man dem „D. Wohl.“ zufolge schon die nötigen Vorbereitungen getroffen, um der Spezial-Untersuchungskommission in Sachen des Eisenbahn-Konzessionswesens für ihre etwaigen Untersuchungen jede mögliche Erleichterung zu bieten.

— Die Gymnasiallehrer Berlins haben der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses eine Petition eingereicht, in welcher sie das zur Verfolgung des Wohnungszuschusses in Betreff ihrer aufgestellten Argument, daß sie besser gestellt werden würden, als andere auffällig richterliche Beamte, an der Hand zuverlässiger statistischer Angaben zahlmäßig widerlegen.

— Die Reorganisation der Realschulen ist nun eine beschlossene Sache; der Plan dafür liegt bereits im Kultusministerium, vom Geh.-Rath Wiese entworfen, fertig da. Wie die „Voss. Z.“ hört, soll das Latein aus den Realschulen gänzlich entfernt werden, womit freilich sich die Frage wegen Zulassung der Realschul-Abiturienten zu den Universitätsstudien von selbst erledigt.

— Interessant ist, daß der ausgebrochene Droschenstrike ein doppelter ist. Die Fuhrherren striken gegen das Polizeipräsidium, die Kutscher gegen die Fuhrherren.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Droschkenfischer erster und zweiter Klasse, wurde nach längerer Debatte mit Stimmenungleichheit beschlossen, vom 1. März an folgende Forderungen aufzustellen: 1) einen fixen Lohn von 1 Thlr. pro Tag, oder 30 Thlr. pro Monat, dessen Zahlungsmodus der Vereinbarung zwischen Herrn und Kutscher überlassen bleibt; 2) einen Zusatz von 1 Thlr. monatlich zu der von der Polizei vorgeschriebenen Lixe, oder der Lieferung in natura; 3) eine Vergütung von 1 Thlr. monatlich zu dem zur Reinigung der Fuhrwerke erforderlichen Material, sowie zu Del und Schmire, oder deren direkte Lieferung seitens der Herren; 4) Gestellung eines solchen Fuhrwerks, das den Anforderungen der Polizei, wie auch des Publikums Genüge leistet, was bei dem jetzigen Betriebsmaterial nicht überall der Fall ist; 5) Bewilligung einer nur 16stündigen täglichen Arbeitszeit. Diese Beschlüsse sollen den Droschenbesitzern zugestellt und unter allen Umständen festgehalten werden. Ferner wurde unter stürmischem Beifall zum einstimmigen Beschluß erhoben: mit den Besitzern Hand-in-Hand zu geben und deren Bestrebungen, das neuerdings von der Polizei erlassene Droschenreglement nicht anzuerkennen, mit aller Macht zu unterstützen. Erst Morgen gegen 3 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

— Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend das Unterrichtswesen in Elsaß-Lothringen vom 12. Februar 1873, sowie die Verordnung, betreffend die Zuhebung mehrerer Gemeinden zu dem Bezirk des Gewerbegerichts zu Metz vom 22. Februar 1873.

Dortmund, 23. Februar. Der „alte Harkort“ feierte heute im Kreise seiner Familie den 81. Geburtstag. Die Lehrer unserer Stadt und des Kreises liegen es sich, trotz ungünstiger Witterung, nicht nehmen, ihrem treuen Freunde durch Darbringung eines sinnigen Geschenks, Hafizug u. s. w. Dank und Anerkennung auszudrücken. Der trotz seiner jetzt vollendeten 80 Jahre noch immer körperlich wie geistig jugendliche Greis dankt in klarer Rede, indem er die Hoffnung aussprach, daß jetzt endlich der Staat durch ein gutes Unterichtsgesetz und die Gemeinde durch ausführliche Besoldung der geprüften Lage des Lehrerstandes ein Ende machen werde. — Ein National-Anhänger ließ zum Gedächtnis des Geburtstages in der Umgebung der idyllischen Wohnung Harkorts achtzig junge Eichen gepflanzt.

(B. B.)

Frankreich

Versailles, 27. Februar. [National = Versammlung.] Der Zudrang der Neugierigen nach Versailles war heute ungewöhnlich stark. Die Eisenbahn war gestoppt, noch Wagen an die Bühne anzureihen, da sich mehr Leute eingefunden hatten; als sie geglaubt. Von 1 Uhr an ist der Sitzungssaal bereits vollständig angefüllt, während auf den Strahlen eine dichte Menge harrt, ohne jedoch Zutritt erhalten zu können. Frau Thiers und Fräulein Dosne befinden sich in der präsidentlichen Loge. In der Diplomaten-Loge bemerkt man den englischen Botschafter und den päpstlichen Nuntius. Unter den Deputirten herrscht große Erregung. Man bespricht die Stellung der verschiedenen Parteien dem Entwurf der Dreigiger-Kommission gegenüber. Über den endgültigen Ausgang ist man im Zweifel, wenn man auch im Allgemeinen glaubt, daß dasselbe ungefähr 400 Stimmen erhalten werde. Präsident Grévy, der um 2 Uhr 25 Minuten in den Saal tritt, kündigt den Deputirten an, daß Thiers nicht sprechen werde. Es sind 43 Redner eingeschrieben; die Diskussion soll erst eine äußerst komplizierte sein und eine Unzahl von Fragen in Auseinandersetzung bringen. Am besten kann man dies aus den Amendements ersehen, die heute zu der Vorlage gestellt wurden. Es sind deren nicht weniger als zehn. Thiers erschien um 2 Uhr 35 Minuten mit Dufaure.

Der Erste, welcher das Wort erhält, war der Herzog von Broglie, der Berichterstatter. Vor der Abstimmung über die Dringlichkeit entsteht ein furchtbare Lärm. Dufaure, der Justizminister, erklärt darauf, daß die Regierung mit der Kommission einverstanden ist, den Entwurf derselben ohne Rückhalt annimmt, und ihn votieren wird. (Beifall auf einigen Bänken des Zentrums.) Robert de Marcere (links) Zentrum, der nun das Wort erhält, will den Zweideutigkeit, die besteht, ein Ende machen. Redner will nicht mit Mizziaktion von der Monarchie sprechen, aber Frankreich hat Ruhe nötig, und die Monarchie kann ihr dieselbe nicht geben, zumal dasselbe nicht monarchisch gesintet sei. Redner lobt Chambord's Offenheit. (Daher Erleichterung!) ruft hier dagegen: Es lebe der König! (Lärm.) De Castellan (Legitimist) klagt, daß der Bericht de Broglie's Alles im Zweifel lasse. Das Land sage: „Sauvez-nous“ (Eine Stimme auf der Linken: „Sauvez-vous“). Es ist ein Calembour: „Sauvez-nous“ bedeutet: „Reten Sie uns!“, während „Sauvez-vous“ heißt: Machen Sie sich aus dem Staube! Wenn die Preußen erst einmal abgegangen seien, so würden sich die Parteien zerreißen. Das Ausland habe kein Vertrauen, und man müsse endgültige Zustände schaffen, und zwar die Monarchie herstellen, da Frankreich monarchisch sei. (Lärm.) Thiers sei in Bordeaux nicht zum provvisorischen Präsidenten, sondern zum provvisorischen König ernannt worden. (Thiers macht hier eine Kopfbewegung, die man als eine ironische Zustimmung auslegen kann. Die Linke murrt, die Rechte ruft Bravo.) Redner schlägt, indem er verlangt, daß man zur konstitutionellen Monarchie zurückkehre. (Großer Lärm auf der Linken.) Gambetta bemüht sich, die Ruhe unter seinen Leuten herzustellen, was ihm auch gelingt.) Wenn man dies nicht thue, so müsse man an Frankreich verzweifeln und glauben, daß die Vorsehung ihm seine Mission zurückgenommen habe. (Erregung.) Man müsse konstituieren. Das Beispiel Spaniens liege vor, um die Gefahr des Provisoriums darzuhalten. (Lange Erregung, die Sitzung ist einen Augenblick lang suspendiert.) — Boyer (lerikal-legitimistisch) betritt die Tribüne mit einem großen Bande unter dem Arm, aber der Lärm der Privatschläge ist so groß, daß man sein eigenes Wort kaum versteht. Gambetta spricht während der 50 Minuten, welche Boyer sich auf der Tribüne befindet, ohne Aufhören. Jules Simon ist auch sehr geschäftig und spricht viel mit den Mitgliedern der Linken. Die er zu überreden sucht, für den Antrag zu stimmen. Um 5 Uhr 20 Minuten hat Boyer geendet, worauf Haenens (Bonapartist, ehemaliger Börsenspekulant und Schwiegersohn des verstorbenen Marschalls Magnan) die Tribüne besteigt. Derselbe trägt die Erklärung vor, daß er und seine Freunde für den Aufruf an das Volk votieren werden.

Am 28. war der Saal wieder überfüllt, auch das diplomatische Corps stärk vertreten. Thiers kam erst, nachdem die Sitzung bereit begonnen hatte. Die Deputirten waren in höchster Aufregung. Die verschiedensten Gerichte waren verbreitet. Präsident Grévy fragt, ob Niemand das Wort über die allgemeine Diskussion verlange. Da Niemand antwortet, so will er über den Schluss der Debatte abstimmen lassen, worauf Gambetta mit donnernder Stimme in den Saal hinein ruft: „Und ich! Ich will sprechen. Ich!“ Dann stirbt er auf die Tribüne.

Er konstatiert zuerst, daß, obgleich noch kein Redner die Tribüne bestiegen habe, um das Werk der Kommission zu vertheidigen, man doch schon den Schluss der Debatte verlange. Was das Land vor Allem wolle, sei, daß man Klarheit in die Debatte bringe. (Beifall auf der äußersten Linken.) Es sei nicht die republikanische Partei, welche diese Lage durch die Annahme der Nivel'schen Konstitution geschaffen habe. Sie habe der Versammlung die konstituierende Gewalt nicht zugestanden. (Widerspruch auf der Rechten.) Redner hat keine oratorischen Vorsichtsmassregeln getroffen, sich nicht vorbereitet, und hält daher die Kämmer, die ruhig sprechen zu lassen, da er nicht die Absicht hat, irgend Jemand zu verlegen. Frankreich verlange keine zwei Kämmer, aber es wolle wissen, ob es die Republik oder die Monarchie haben werde. (Beifall auf der äußersten Linken.) Er und seine Freunde wollen erfahren, ob, wenn man die vorliegende Verfassung votirt, man zur Republik gelangen werde. (Beifall auf der äußersten Linken.) (Broglie sagt einige Worte zu einem seiner Freunde.) Gambetta zu Broglie: Wenn Sie mich unterbrechen wollen, so sprechen Sie lauter; Sie werden vielleicht akademischer sprechen, als ich. (Gelächter.) Die zweite Kammer steht Gambetta zufolge im Widerspruch mit dem allgemeinen Stimmrecht. 1848 hatte man die zweite Kammer vollständig vergeben. Eine Stimme: Die Kommune hatte den Senat nicht vergeben. Gambetta: Ich habe mich bereits über die Kommune erklart, und meine Absicht über die Ermordung des Herrn Bonjean ausgedrückt. (Bonjean war bekanntlich Senator.) Ich schwebe mich nicht, zu erklären: er war dort eine isolierte glänzende Perle. (Lebhafte Erregung. Haenens, Bonapartist, protestiert.) Es scheint, daß man im bonapartistischen Lager ein kurzes Gedächtnis hat. (Beifall auf der Linken. Lärm.) Gambetta fragt dann, wann man die Neuwahl vornehmen werde. Das Land verlange die Auflösung. (Furchtbarer Lärm.) Das offizielle Journal enthalte jeden Tag eine Reihe von Petitionen, in welchen die Auflösung verlangt werde. (Neuer Lärm auf der Rechten.) Der Deputierte Villain allein habe bis zum 15. Februar Petitionen eingereicht, die 135.000 Unterschriften getragen hätten. Im Ganzen gebe es über 500.000 Personen, welche diese Petitionen unterzeichnet hatten; die Linke sei im Besitz von Petitionen, die ebenfalls von 500.000 Personen unterzeichnet seien. Das Land verlange die Auflösung. (Sturmischer Lärm.) Was uns vollständig rationale Republikaner (Heiterkeit) anbelangt, so weisen wir eine Republik zurück, welche das demokratische Prinzip mit führen tritt. Wir wollen die Republik mit ihren Urrechten, mit dem Vereins- und

Berksammlungsrecht, welches selbst über dem Gesetze steht. (Lärm.) Wir wollen nicht das göttliche Recht der Republik, aber das menschliche Recht; wir wollen die Menschenrechte. Ich komme auf die Kommission zurück. Wir können ihr Projekt nicht annehmen, weil es eine Art von an das Land gerichteter Herausforderung ist. (Lärm.) Die republikanische Partei hat viel Selbstverlängnung, Opfergeist bewiesen, aber sie kann ihr Prinzip nicht verlegen und das vom allgemeinen Stimmrecht anvertraute Pfand verstümmeln. Aus diesen Gründen weinen er und seine Freunde die Vorlage zurück. Beifall auf der Rechten) — Broglie (Berichterstatter) antwortet Gambetta. General du Temple greift die Regierung auf bestmöglich an, was zu einem großen Skandal Anlaß gibt. Der Präsident droht, ihm das Wort zu entziehen, weil er nicht bei der Frage bleibt. Du Temple schließt, in dem er den Präsidenten tadeln, seinen ehemaligen Wahlhüter gefürstet zu haben. Der Präsident ruft du Temple zur Ordnung. Du Temple protestiert, worauf ihn der Präsident mit weiterer Strafe bedroht. Nachdem dann noch einige andere Redner gesprochen, wird der Schluss der allgemeinen Debatte verlangt, aber mit einer großen Majorität verworfen.

Aufland und Polen.

Petersburg, 26. Februar. Der russischen Börsenzeitung schreibt man aus der turkestanischen Stadt Wiernoje, daß man daselbst in großer Sehnsucht auf die Rückkehr des General-Gouverneurs v. Kauffmann wartet. Er soll Abhilfe schaffen in einer Krise, welche die gesammte Kaufmannschaft schwer bedrückt. Man sieht nämlich, den freundschaftlichen Beziehungen vertrauend, die Russland zu den östwärts von Turkestan gelegenen Ländern unterhält, große Hoffnungen auf den Handel mit dem westlichen China und Kaschgar. Viele Kaufleute rüsteten große Sendungen aus, die ihren Weg nach Kaschgar, Manas und Urumtscha nehmen sollten, auch von Taiflend langten zu diesem Zwecke große Waarensendungen ein. Nun ist die Hochpost eingetroffen, daß die erste Karawane, die nach Manas aufgebrochen ist, auf dem Wege dahin angefallen wurde. Alle Waaren wurden weggenommen und mehr als zehn russische Kaufleute getötet; bloß einigen Dienern gelang es, zu entfliehen. „In Folge dessen“, schreibt der Korrespondent, „steht unser ganzer Handel still, und wenn gegen die räuberischen Überfälle nicht Abhilfe geschafft wird, so muß dies für den ganzen Handel Turkestans von den verderblichsten Folgen sein.“

Vom Landtage.

54. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 1. März. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministerisch Dr. Hall mit mehreren Kommissarien.

Die wiederholte dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung eröffnet Graf Braschow (Mitglied des Zentrums und Vertreter des 9. Oppelner Wahlbezirkes). Ich spreche hier zum ersten Mal und freue mich, meine eigenen und der Überzeugung meiner Wähler Ausdruck zu geben, indem ich gegen die Aenderung der Grundrechte des Landes protestiere. Der Kultusminister sagte uns vorgestern, es sei die bestimmte Absicht der Regierung, alle diese Gesetze noch in dieser Session durchzuführen. Darauf erwidere ich: keine Veranlassung war, so gerechtfertigt zu einem Appell an das Land als eine Verfassungs-Aenderung. Die Regierung hätte vorher die Kammern auflösen oder wenigstens eine neue Legislaturperiode abwarten sollen, denn wir sind im Dezember 1870 unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden und sicher hätte jeder von Ihnen damals wenn die Wähler daran gedrängt hätten das Versprechen gegeben, die Grundrechte der Verfassung nicht anzutasten (sehr richtig im Zentrum). Die Grundrechte der Verfassung sind das Heiligtum und die Fundamente, woran die Gesetzgebung nicht rütteln darf, ohne das Gebäude zu gefährden, sie sind das Palladium für die Rechte der Krone in der Monarchie und für die Freiheit der Gewissen. Die Abänderung soll eine Deklaration sein; wenn der Nachsatz den Befehl wieder aufhebt, ist das eine Deklaration? Sie können allen unseren Geanern keinen größeren Gefallen erweisen, als indem Sie diese Zusäge in der Verfassung annehmen. Ein französischer Diplomat sagte nach dem Kriege: Frankreich ist ein Kadaver, aber ein solcher, der die noch Lebenden auf zu Kadavern macht, es scheint fast, daß er Recht haben soll: Napoleon III. stellte mit der Revolution im Auslande und im Innern; wir sind auf dem besten Wege, ihm hierin zu folgen. Der Nationalitätszwindel hat auch uns ergriffen. Ich verweise nur auf den Reichstag. Wie hat sich unsere Politik seit 1½ Jahren gestaltet? Ueberall herrschte Hader und Streit, überall der arabische Konfessionelle Unfrieden; ich glaube, die Altesten von uns erinnern sich nicht, daß ähnliche Zustände in Preußen geherrscht hätten (sehr wahr im Zentrum), und der Grund dafür? Die evangelische und katholische Kirche ist staatsfeindlich geworden, und ebenso auch die Partei, welche die Rechte der Kirche vertheidigt. Soll wirklich das Volk diese Phrase ohne irgend einen thatfächlichen Beweis glauben? Sie erinnert an die Fabel vom Hirten, der so oft die Leute glauben machen wollte, der Wolf sei da, und als der Wolf wirklich kam, da hörten die Leute nicht auf sein Geschrei. Und die Moral von der Geschichte? Wer einmal liegt dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht. Das jetzige Regierungssystem führt dazu, daß es bald nur noch staatsfeindliche Parteien im Lande gibt, dies Prinzip zeugt von einer großen Unreife unserer konstitutionellen Zustände und macht uns vor dem Auslande keine Ehre. Man sagt uns, wir müssen uns bedingungslos den Staatsgesetzen unterwerfen. Jeder Offizier, der sich dem Reichsrath nicht unterwirft, welcher sein Urteil über einen Zwischenfall spricht, wird aus dem Offizierstande ausgeschlossen, obgleich doch der Zwischenfall schriftstraf den Staatsgesetzen widerspricht (Hört! hört!) Also die weltlichen Gesetze der Krone sollen über den Staatsgesetzen stehen und die göttlichen Rechte der Kirche sollen sich ihnen unbedingt unterwerfen? Das vorliegende Gesetz greift in die Gewissen des Volkes ein. Ich habe nicht gefragt, wie ist es möglich, daß das Kabinettsministerium und die große Mehrheit dieses Hauses für die Verfassungsänderung stimmen kann, die weder vom liberalen, noch konservativen Standpunkte zu rechtfertigen ist? Wie würden Sie (zu Ihnen) sich verhalten, wenn diese Vorlage nicht vom Regierungstisch, sondern von der rechten Seite des Hauses käme? Wollen Sie uns glauben machen, daß da auch nur Einer von Ihnen sie unterstützen oder annehmen würde? (Sehr gut im Zentrum.)

Präsident v. Horckenbeck: Ich habe alle Gegenfälle in der Sache selbst, in dieser ganzen Diskussion bis zur äußersten Grenze sich aussprechen lassen, aber die Achtung vor den Personen und ihrer Überzeugung muß hier im Hause aufrecht erhalten bleiben, sonst hört die parlamentarische Diskussion auf. Wenn der Redner sagt, es wird aegent bessere Überzeugung vorliegen, so verleiht er die Achtung, die er den hier im Hause Anwesenden schuldet (Beifall). Der Redner fährt fort: wer stützen will, muß rechtzeitig auch widerstreben können. Sie wollen also in blindem Vertrauen der Regierung oder einem einzigen Manne das Gesetz votiren, und Sie glauben, daß, weil er so große Erfolge in der äußeren Politik errungen hat, er auch unfehlbar in den innern sei. Der äußere Krieg ist vielleicht beendet, aber im Innern brennt er noch, und von Erfolgen haben wir bis jetzt noch nichts gesehen (Sehr wahr! im Zentrum). Mein Freund Mallinckrodt hat Ihnen noch neulich ein Bild entworfen vom Liberalismus, der unter dem Zoch des triumphirenden Absolutismus durchgeht. Ich kann ihm nur den Wunsch zurufen: Glückliche Fahrt! Die Kirche wird aus diesem Kampfe siegreich hervorgehen, aber wie lange der Kampf dauern und welche Folgen er für unser Vaterland haben wird, das wissen wir nicht, und das macht uns erstaunen. Wir zittern für Vaterland und Thron! (Unruhe.) Die Geschichte lehrt, daß alle Revolutionen mit der Revolution gegen die Kirche beginnen, mit der Revolution gegen die Könige enden. Daher ist unsere Opposition nicht antisozial, nicht unpatriotisch, sie entspringt aus wahrer, unerschrockener Vaterlandsliebe. Wir geben auch den Kampf nicht auf. Mit Gewalt und

mit Majoritäten läßt sich Manches erreichen, aber eine Minorität, welche die Gerechtigkeit vertheidigt, ist auf die Dauer unbefriedigbar. Nach Herrn Gneist wird der germanische Geist den Ultramontanismus besiegen: auch ich hoffe, daß der im deutschen Volk wohnende christliche Geist in diesem Kampfe gegen die Kirche über die Majorität siegen wird, und daß auch Sie über kurz oder lang von der Erfahrung belehrt, der Kirche die Freiheiten, die Sie ihr heute nehmen, und damit dem Lande den inneren Frieden wiedergeben werden... (Beifall im Zentrum, heftiges Bischof links.)

Abg. v. Schorlemer Alst: Mit einem relativen Gefühl der Dankbarkeit nehme ich es auf, daß Sie noch einem zweiten Redner unserer Partei das Wort gestattet haben. Ich konstatiere zunächst das sonderbare Fatum, daß wir einen neuen Alliierten bekommen haben, insofern der Abg. Müller (Berlin) den guten Oberkirchenrat als ein staatsgefährliches Element bezeichnet hat. Es wird also jetzt und in Zukunft heißen müssen: ultramontan-polnisch-oberkirchenratisch. Ich kann nicht sagen, daß meine Siegeshoffnung durch diesen Alliierten sehr gesteigert ist. Diese Gesetze können Gesetzeskraft nicht erlangen, bevor eine Verfassungsänderung erfolgt ist, und diese Aenderung soll im Geiste der Spezialgesetze vorgenommen werden. Es wird also geradezu der verkehrte Weg eingeschlagen. Statt daß die Spezialgesetze dem Geiste der Verfassung folgen, mit die Verfassung dem Geiste der Spezialgesetze folgen. Wir betreten damit eine schief Ebene, die uns sehr schnell abwärts führt. Eine weitere Folge dieser Art von Gesetzgebung ist, daß dieselbe Unklarheit und Dunkelheit, die in den Gesetzen liegt, nun auch in die Verfassung hingetragen wird. Schon mehr als ein Mal ist hervorgehoben, daß in den Zusätzen zu den Artikeln das gerade Gegentheil zu ihrem Sinn ausgedrückt ist. Ich weiß nicht, ob Fürst Bismarck diese Art der Gesetzgebung auch in das Gebiet „der erlaubten politischen Freiheit“ mit hineinnehmen wird. Ist irgendwo der Satz anwendbar: „Herr, dunkel ist der Rede Sinn.“ So ist es bei allen diesen Ausnahmen gegen, mit denen wir in den beiden letzten Jahren begnügt worden sind. Ist es das Gefühl der Schuld, welches diesen Gesetzen das charakteristische Merkmal aufdrückt? Die Folge davon ist ihre außerordentliche Deutungsfähigkeit. Ein Sprichwort sagt: Wie die Alten sangen, so zwitschern auch die Jungen. Das dehne ich dahin aus: wenn es in den oberen Regionen ein Blütenfest ist, dann wird in den unteren mit Pausen und Trompeten gearbeitet. So wird im Jesuitengesetz von „verwandten Kongregationen und Orden“ gesprochen, und der Bundesrat sollte dieselben erst feststellen. Nun aber hat der Regierungspräsident von Würzburg in Wiesbaden ohne Weiteres auf Grund des Reichsgesetzes den Angehörigen des Redemptoristenordens das Abhalten von Missionen verboten; ebenso ist die marianische Kongregation von Studenten der Universität Bonn aufgehoben und ihre Vorstellung dagegen abschlägig beschieden worden, während der Kultus-Minister uns erklärt hatte, der Bundesrat werde darüber zu entscheiden haben, ob diese Kongregation unter die „verwandten Orden“ zu rechnen sei. Der Zweck dieser marianischen Kongregationen ist aber nur, ihre Mitglieder zu sittlichem und religiösem Leben anzuregen. Wenn man nun den Studenten die Freiheit läßt, sich zu Corps und Burschenschaften zusammen zu thun, dann kann man ihnen auch die Freiheit lassen, sittlich und religiös zu leben. Ein dritter Fall beweist, wohin wir bereits in der Bewegung gelangt sind.

An das Kommando eines Kavallerieregiments wurde das Erstchen gerichtet, einen jungen Mann als Avantageur anzunehmen. Darauf erfolgte diese Antwort: „Verblüffniß, deren gänzliche Auseinandersetzung mich zu weit führen würde, zwingen mich, bei Annahme eines Bürgerlichen Avantageurs zwei Bedingungen zu stellen. Abgesehen davon, daß derselbe von einer wirklich angesehenen Familie sein muß, und die Bedingungen, erstens: daß derselbe das Abiturientenreimen bestanden hat und zweitens, daß derselbe der evangelischen oder lutherischen Religion angehört.“ (Hört! hört! im Zentrum, Unruhe und Bewegung im Hause.) Was diese Anforderungen an einen Bürgerlichen seien, ist mir nicht klar, ob sie erfüllt werden können, daß der Kommandeur meinte, ein Adliger dürfe weniger gebürtig, als ein Bürgerlicher und außerdem auch katholisch sein, ein Bürgerlicher dagegen müsse einen hervorragenden Bildungsgrad und außerdem evangelische oder lutherische Konfession haben. Abgesehen hiervom fragt man sich aber doch: ist etwa von oben herob eine Instruktion erlassen, die zu einem solchen Verfahren anhält? Ich glaube es nicht. Aber war es nicht der Fall, so haben wir es doch hier mit einem Akt der Willkür zu thun, der ein trauriges Licht auf die Disziplin der Armee wirft, mit einem Acht, der sich in unverantwortlicher Weise über Gesetz und Recht hinwegsetzt. (Abg. Graf Bethy-Huc: den Namen!) Ich habe keinen Namen genannt und werde ihn auch nicht nennen, das Fatum genannt; aber beweiskräftige Material habe ich hier vor mir liegen. Es ist dieses Fatum natürlich auch nicht unbemerkt geblieben, und es hat einen schmerzlichen und erbitterten Eindruck gemacht. (Abg. Graf Bethy-Huc: Man könnte ihn ja einsperren, wenn man den Namen wüßte. Präsident: Ich erinnere daran, daß keiner das Wort ergreifen darf, dem ich es nicht ertheilt habe.) Ich würde Ihnen vorschlagen, diese Verfassungsänderungen so vorzunehmen: Artikel 15: „Jede Religions-Gesellschaft mit Ausnahme der römisch-katholischen ordnet und veraltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Kultur, Unterhaltungs- und Wohlbräutigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Die bezüglichen Rechte der römisch-katholischen Kirche werden durch Ausnahmegesetze geregelt. (Sehr gut! im Zentrum, Unruhe.) Das wäre doch wenigstens offen, deutlich und klar, wenn auch Manchem darüber die Augen aufsäubern würden. Man ändert mit so leichtem Herzen unser fundamentales Recht der Verfassung; denkt man nicht an die Gefahr, daß einmal ein anderes Abgeordnetenhaus kommen wird und eine andere Majorität, die vielleicht schon etwas nach Petroleum riecht (Oho! Heiterkeit), daß die Majorität sich den früheren Vorgängen erinnert, sich an den Titel III der Verfassung macht, der vom Könige handelt, und vielleicht dem Artikel 43, welcher lautet: „Die Person des Königs ist unvergleichlich“, einen kleinen Zusatz gibt des Inhalts: „Das Geist regelt die Verantwortlichkeit, in welcher der König gegenüber der Landesvertretung steht“, oder den Artikel 45 durch eine kleine Einschaltung dahin ändert, daß er lautet: „Dem König allein steht die vollziehende Gewalt zu unter den Beschränkungen, welche das Gesetz bestimmt; mit derselben Maßnahme ernannt und entläßt er die Minister“; oder zu dem Artikel 46: „Der König führt den Oberbefehl über das Heer“ den Zusatz macht: „unter den Einschrankungen, welche das Gesetz bestimmt.“ Wir kennen die Zeit nicht, ich sage das mit großer Sorge, und mit dem größten Schmerz für Thron und Monarchie sehe ich jeder Aenderung, fundamentaler Verfassungsrechte entgegen und bedaure sie von meinem Standpunkt aus als Royalist, als Legitimist aus tiefstem Grunde meines Herzens. (Auf links: ist gar nicht nötig!) Ich habe schon früher hervorgehoben, daß durch solche Ausnahmegesetze eine Erregung und Erbitterung entsteht, die dann wieder zu neuen und immer schärferen Ausnahmegesetzen führt. Wir bewegen uns da — ich will einen lateinischen Ausdruck brauchen, es ist ja erlaubt, lateinisch etwas zu drucken oder zu sagen, was deutsch nicht parlamentarisch ist, in einem circulus virtuosus. Bedenken Sie doch nur, in welche Situation wird die Katholische Bevölkerung gebracht! Man stellt mit Ausnahme dieses Gesetzes Millionen von Katholiken in die furchtbare Lage, nicht allein diese Gesetze mit Schmerz, Erbitterung, Entrüstung zu betrachten nein, auch sich zu fragen! können und dürfen wir diesen Gesetzen Folge leisten? (Oho! Große Unruhe links) Wohl, m. h., die Antwort ist nich zweifelhaft, hören Sie auf die Stimmen, die schon jetzt im Lande laut werden. Sehen Sie, wie die Bischöfe der Klerus und das katholische Volk gegen diese Gesetze einig sind. Ich wiederhole: Die Folge davon ist nicht die Revolution sondern der passiven Widerstand. (Heiterkeit.) Dieser ist der bedenklichste für die Regierung, wie für den Staat, in diesem Widerstande werden Sie alle Katholiken finden, die treu zu ihrem Glauben stehen. Es wird mir immer zugeraufen: das sind die Ultramontanen! aber zu Ultramontanen werden jetzt alle Katholiken gemacht, dafür sorgen diese Gesetze. Was heißt denn ultramontan? Es bedeutet doch auch nur eine historische Kategorie, auf deren Ursprung man zurückgehen muß, um sich über den Begriff klar zu werden. Das Wort „ultramontan“ entstand, als Alphons VI. von Kastilien den Kampf gegen die Mauren in Spanien zu führen hatte. Da rief er die ganze Christenheit zu Hilfe, es zog ihm ein Hilfssch

unter dem Erzbischof von Kardova zu; dieses kam über die Pyrenäen und daher nannte man diese Krieger „Ultramontane.“ Dieses Heer entschied thatsächlich den Sieg über die Ungläubigen. Der Ausdruck „ultramontan“ bedeutet also erstens den Kampf gegen die Ungläubigen, und das ist auch noch heute der Fall; es ist allerdings nicht mehr der Kampf gegen die Mauren, aber der Kampf gegen die Mauren mit einem kleinen Vorwort den führen wir allerdings noch heute (Oh! oh!) Der passiven Widerstand ist nicht zu überwältigen auf seiner Seite in diesem Kampfe ist alle Ehre und zuletzt der Sieg, auf Seiten der Regierung alle Unehr, die sichere Niederlage und zuletzt ein Ansehen in der Geschichte vor dem ich mein Vaterland bewahrt wissen möchte. Der Ministerpräsident hat uns erklärt, daß für diese Geschäftsvorlage das Ministerium solidarisch sei und als Grund dafür, er nahm ihn vom Winde her, erwähnte er den Sirocco, der mit dem Konzil über die Alpen gekommen sei. Nun aber hat Fürst Bismarck ausdrücklich erklärt, daß die Entscheidung des Konzils von Missionen Katholiken geglaubt, von der Regierung zu respektieren sei, und man ist zu der Frage berechtigt: in denn nun das Ministerium wirklich solidarisch? Hat Fürst Bismarck seine Meinung geändert? Ist er noch die Seele des Ministeriums? Dann hat der Ministerpräsident uns auf die große Partei der ehrlichen Leute verwiesen. Ich zweife ja keineswegs, daß Herr Wagener und die an der Spitze des Preßbüros stehenden Leute sind zur Partei der ehrlichen Leute rechnen. (Seht gut! im Zentrum.) Was der Abg. Lasker ausgeführt hat, darüber will ich nicht vorher aburtheilen, das wird ja Gegenstand der Untersuchung sein; aber das muß ich doch sagen es hat uns der Abg. Lasker ein Bild entrollt, das allerdings deutlich erkennen ließ, welche freudigen Schäden an unsrer gesellschaftlichen Zuständen nagen, und wenn wir andererseits uns erinnern an die Entblöllungen, welche in letzter Zeit über die öffentliche Presse und das Preßbüro in der Delfentlichkeit gedrungen sind, so müssen wir doch wirklich sagen, daß wir hier in einen Abgrund sittlicher Häufnis blicken, der in der That unsre ganz gesellschaftlichen Verhältnisse ruinieren und begraben mögliche Zustimmung im Zentrum. Der Geschichtsschreiber Wolfgang Menzel der in der letzten Zeit wohl auch hier der linken Seite des Hauses sympathisch geworden ist, sagt in seiner „Geschichte der letzten 40 Jahre“, wo er von der Kirchenverfolgung in Spanien spricht, die Hand in Hand ging mit einem ungeheuren Verfall der sittlichen Zustände: „Ja wenn Christus an's Kreuz geschlagen wird, dann schüttelt Judas Iskariot immer den vollen Beutel.“ Und so schließe ich, wenn die Kirche bedrängt wird, dann feiert die Körner die größten Triumphe.“ Wenn dies die Gesetzgebung der Partei der ehrlichen Leute ist, dann schäge ich es mir zur Ehre, dieser Partei nicht anzugehören. (Beifall im Zentrum, Bischen links.)

Kultusminister Dr. Falz: Es gibt gewisse Dinge, auf die man nicht antwortet, weil man seiner eigenen Würde etwas zu vergeben glaubt. (Sehr wahr! links. Unruhe im Zentrum.) Es gibt aber auch gewisse Dinge, auf die man nicht antwortet, weil diese Ausführungen, indem sie angesprochen werden, schon ihre ganze Richtigkeit zeigen. Das gilt von dem Blick, den der Abg. v. Schorlemers-Alist soeben auf etwaige zukünftige Änderungen der Verfassung geworfen hat. – Es ist uns ein Widerstand in Aussicht gestellt; die Regierung war sich des Ernstes ihrer Aufgabe von vornherein bewußt; sie kann nicht glauben, um solcher Erklärung willen von ihrer Absicht abgehen zu wollen. Sie wird abwarten. Ich habe endlich noch ein rein persönliches Moment zu erinnern und ich war der Meinung, daß der Vorredner jenen Angriff gegen mich ja inbar besser begründen könnte, als er es wirklich gethan, nämlich in Bezug der Auflösung der mariannischen Kongregationen an der Universität Bonn. Ich habe heute freilich eine Zeitung gelesen, in welcher ein angeblicher Auszug aus einem Bericht des Justizausschusses des Bundesrates steht. Wenn er diesen Auszug gehabt hätte, so würde er vielleicht geglaubt haben, eine ganz vorrichtige Waffe gegen mich zu besitzen. Da steht nämlich, der Justizausschuss habe die akademischen Kongregationen nicht für vermando, mit dem Resultat, daß ich muß bei dem bleiben, was ich früher gesagt habe: es ist mir nicht in den Sinn gekommen, die mariannischen Kongregationen für jesuitenverbwandt zu erklären. Wenn diese Kongregation in Bonn definitiv aufgelöst worden ist, so lag der Grund einfach darin, daß der Senat im Einvernehmen mit dem Kuratorium einen dahin gebenden Antrag gestellt hat. Den Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung werden Sie nicht unbedingt bezeichnen können. Das entscheidende Moment war der Zusammenhang mit den Jesuiten. Nun hat sich im Augenblick in Bonn eine Sodalität gebildet, welche diesen Zusammenhang aufsieht, welche religiöse Übungen auf ihr Programm stellt und die Momente, welche mir bedenklich erscheinen, bestätigt. Dieser ist nicht das Geringste in den Weg gelegt und es wird ihr auch nichts in den Weg gelegt werden.

Abg. Dr. Birchow: Ich nehme nur das Wort, weil ich uns, die wir für das Gesetz stimmen werden, vertrauen will gegen die Identifizierung von Kirche und Moral, welche der Abgeordnete v. Schorlemers am Schlusse seiner Rede ausgesprochen. Ich bedaure von ganzem Herzen, daß Männer, die ich in jeder Beziehung so hoch achten muß, die den geehrten Vorredner, sich in dem Augenblicke, wo eine solche Debatte stattfindet, so sehr zu ungerechten Angriffen verleiten lassen und vom reinen Gesäßstandpunkt aus gegen alle andern Dinge mit einer Boreingenommenheit angehen, wie man ihr im öffentlichen Leben selten begegnet. Der Abg. v. Schorlemers hat ja vielleicht eine genügende Berechtigung, wenn er gegen gewisse Bestandtheile unseres Ministeriums auch den Fall Wagener ansfüllt; ich will das gar nicht in Abrede stellen. Aber daß diese Frage mit der gesamten vorliegenden Situation in der That gar nichts zu thun hat, sollte er doch auch anerkennen. Die Bewegung auf dem Kapitalmarkt, welche doch schließlich in der Frage Wagener culminirt, diese Frage spielt auch in den katholischen Ländern und es liegen ebenfalls Thatsachen vor, daß mindestens so viel, als man Herrn Wagener nachsagt, auch von anderen begangen ist, welche einstmal vom Oberhaupt der katholischen Kirche als besondere Söhne der Kirche anerkannt und in ihrem segensreichen Wirken geprägt wurden sind (Abg. Reichensperger: Namen!) Nun, Langrand-Dumonceau (Oh! im Zentrum). Mein Nachbar, Herr Reichensperger, thut immer so, wenn ich auf diese Frage komme, als ob dies die allerunbestridigste Angelegenheit wäre (Heiterkeit). In einer früheren Sitzung hat er uns gelagt, wir sollten nur ein wenig warten, dann würde sich gleich herausstellen, daß Langrand-Dumonceau ein außerordentlicher Wohlthäter der Menschheit sei. An demselben Tage, ich glaube zwei Stunden später, brachte der Telegraph die Nachricht, daß die Sache vor den belgischen Gerichten endgültig erledigt sei. Seitdem ist wieder eine große Katastrophe in Belgien eingetreten, wobei in sehr hervorragender Weise Ultramontane mit in Frage gekommen sind. Die besondere Stellung, die Demand außerlich der Religion gegenüber einnimmt, ist gar nicht entscheidend für die Stellung, die er im moralischen Leben oktupirt. (Sehr richtig!) Daraus deduzire ich eben, man sollte wirklich ja höherem Maße die Religion zur Privatangelegenheit der Einzelnen machen und sie nicht so sehr auf den öffentlichen Markt des Lebens bringen. (Sehr gut!) Ich glaube sehr gern, daß es Menschen gibt, welche das Bedürfnis haben, ihr religiöses Bekennniß vor sich herzutragen und allen Menschen auf dem Präsentsteller darzulegen, und welche dann auch mit einer gewissen, persönlichen Glorifikation sich hinstellen und sagen: ich glaube das und das. Im Allgemeinen kann ich aber doch sagen, man ist gerade bei dieser Art der persönlichen Bekennniß sucht eigentlich immer etwas versucht zu fürchten, daß Privatangelegenheiten anderer Art dabeistehen, daß jemand gar nicht an sich halten kann, seinen Gott durchaus anderen Leuten zu präsentieren. Dann hat man in der That die Furcht, es möchte eigentlich ein schlimmer Heuchler sein. Ich habe — um es Herrn v. Gerlach zu sagen, das vorige Mal, als ich in dieser Angelegenheit sprach, weder von Gott noch von den Aposteln geprägt, weil ich meine, daß Leute, die ihren Gott immer auf der Zunge tragen, ihm gegenüber immer eine gewisse zweifelhafte Position haben. (Heiterkeit). Und ob Iesu Engel bei den Irvingianern oder päpstlichen Psalmschriften und Kämmern ist, das macht bei der Börse keine Differenz (groß Heiterkeit). Die Moral kommt bei beiden Dingen sehr schlecht weg, denn hinterher werden Gimpel auf die eine wie die andere Art gefangen; die Leimruthen leben allerdings stärker, wenn noch etwas dogmatisches Element in dem Leim enthalten ist. (Heiterkeit). Aber das Resultat bleibt immer dasselbe und daher möchte ich wirklich bitten, uns

nicht auf diesen in der That bedenklichen Wege zu locken. Die Sittlichkeit beruht nur zu einem sehr kleinen Theil auf einem speziell dogmatischen Grund. Jeder, der die Geschichte der Menschheit vorurtheilsfrei studirt, muß sich davon überzeugen, daß die speziell kirchliche Moral nur eine ängstige Moral ist. (Oh! Wer behauptet das? im Zentrum.) Das behauptet ich. Die wahre Moral hat mit Dogma nichts zu schaffen. (Widerspruch im Zentrum.) Meine Herren! Wir werden noch Gelegenheit haben, das weiter zu erörtern, wenn es sich um die Freiheit der Bildung der Geistlichen handelt. Hier will ich mich nur dagegen verwahren, daß man uns diese Verquidung der Religion und der Moral als etwas für die Verhältnisse der Börse und der daran geknüpften Unmoraltäten Entscheidendes entgegenhält und daraus Argumente schmiedet. Wir stehen in dieser Frage zur Regierung, trotzdem man unser Amentement abgeworfen hat, die Kirchen aus diesem Artikel hinauszurufen — was, wie ich fürchte, der Kultusminister einstens noch bedauern wird — weil wir überzeugt sind, daß die Regierung in diesem Vorgehen die Freiheit und die Selbständigkeit trägt und im streng menschlichen Sinne die Entwicklung des deutschen Volkes fördert. Im Augenblick weiß ich in der That nicht, ob Herr v. Schorlemers eine richtige Interpretation der Ultramontanen liefert hat, was die Geschichte betrifft; das aber kann ich ihm versichern, daß heute zu Tage kein Mensch unter ultramontanen diesen Leute versteht, die über die Pyrenäen ziehen, sondern daß es, um auch einmal römisch zu sprechen, inter omnes constat, daß die montes diesmal die Alpen sind, und wenn vielleicht die Ultramontanen einstmals entstanden sind, als sie über die Pyrenäen zogen, um mit den Mauren in Kontakt zu kommen, so mag es ja sein, daß sie von daher ihre schwärzlichen Kleidungen mitgebracht haben, die sich dann allmählig entwickelt und die gegenwärtigen Verhältnisse hergestellt haben. (Heiterkeit) In diesem Augenblicke haben wir nur diese Vorstellung des Gegengesetzes, der sich zur Zeit der Hohenstaufen entwickelt hat und jetzt heißt es: „Hier Welf! Wie Waibling!“ Und wenn wir dann sehen, daß Sie, die Welten, wenigstens ein hervorragendes Element protestantischer Art der Seltenheit wegen unter sich aufgenommen haben, (Große Heiterkeit) so ist das sehr signifikativ für die Stellung, die Sie augenhörlich einnehmen und in der Sie Alles Ihren Zwecken irgendwie förderliche benutzen. Dieser neue Ultramontanismus, dieser antihohenzollersche Ultramontanismus (Widerspruch im Zentrum) — Sie werden vielleicht die Hohenzollern nicht auf Schlachtfeldern niederkriegen und nicht auf Schaffottten töten, wie die Hohenstaufen, aber daß Sie ihnen auf ihrem politischen Wege entgegentreten, daß Sie ihnen in der natürlichen Entwicklung des deutschen Kaiserthums Schwierigkeiten machen, können Sie doch keinen Augenblick bestreiten. Es kann Niemand deutscher Kaiser sein, ohne daß er dem beschränkten Standpunkt eines Preußischen Königs oder eines Markgrafen von Brandenburg herunter kommt; in dem Augenblick, wo jemand höher und höher steigt, wie die Perspektive um ihn sich erweitert und sein Blick größere Gebiete der Kultur umfaßt, in denselben Maße muß er sich auch sagen: es geht nicht mit diesen kleinen Dingen, wie sie vielleicht unten in dem Thälichen erscheinen, aus dem sie vorgezogen sind. Die konservative Partei hat erfahren, daß der deutsche Kaiser sich nicht auf die Dauer mit ihren Traditionen einverstanden erklären konnte, die ultramontane erfährt das nun auch, daß das nicht geht. Mögen Sie sagen, was sie wollen — der nationale Gedanke ist und bleibt ein liberaler Gedanke; ob er gerade das Gepräge der jetzt hier „nationalliberal“ genannten Männer trägt, das ist etwas anderes; aber der wirklich nationale Gedanke, der da auf ausgeht, die Nation als eine sich in einheitlicher Entwicklung darstellendes Glied des Menschenreiches zu entwickeln, ja, der muß nothwendig brechen mit all den kleinen und parteiischen Gedanken, welche aus dieser oder jener Entwicklung vorher ihm noch ankleben und der deutsche Kaiser muß ein liberaler Mann sein, als der preußische König, gerade wie der preußische König selber sein, als der preußische Markgraf von Brandenburg. Sehen Sie sich die Entwicklung der preußischen Geschichte an: Sie werden finden, daß die Gedanken unserer Könige in dem Maße größer geworden sind, in dem ihr Gebiet sich erweiterte. Das ist ja unser Stolz und das ist auch der Grund, warum sie uns so nahe verwandt sind — nicht weil sie die Träger von unbrauchbaren kleinlichen und aus engen Verhältnissen entstammten Gedanken waren, sondern weil sie in dem Gange der Entwicklung selbst sich vergrößert haben und das unser Kaiser und sein Ministerium.

Der Präsident: Ich muß den Redner unterbrechen, er hat entschieden jetzt die allerhöchste Perle des Königs in die Debatte gezaubert, das ist parlamentarisch nicht statthaft. **Abg. Birchow:** Ich bitte um Verzeihung, aber es handelt sich hier speziell um die Frage der Hohenzollern. **Präsident:** Wenn von antihohenzollerschen Besprechungen gesprochen worden ist, so habe ich auch das nur in Bezug auf das Regierungssystem versteht können. **Abg. Birchow:** Ich erkenne es an und beuge mich. Also ich sage: der Erkenntnis sollten Sie sich alle nicht entziehen, daß in dem Maße, in dem die Gedanken des Herrschergeschlechtes größer geworden sind, sie auch liberaler geworden sind und daß in eben dem Maße das kleinliche, politische, wie man früher sagte, konservative Regieren unmöglich wurde. Wenn wir nun der Regierung darin folgen, wenn wir ihr in dem Bestreben, diese Freiheit der Nation herbeizuführen, unsere Unterstützung leihen, so fügen wir eben auf das analoge Verhalten der katholischen Kirche, die dasselbe System der Knechtung der Einzelnen ja in einem viel höheren Maße ausübt, als es jemals vom Staate geübt worden ist, und wenn wir nun wünschen, daß die Einzelnen nicht nur, sondern auch die katholische Gemeinde in eine freiere Stellung kommen, so befinden wir uns genau in derselben Entwicklung, die der Staat auf seinem Gebiete auch gemacht hat. Mag nachher jeder Einzelne so viel glauben an den Papst und die ultramontanen Organisationen, die sich an ihn klüpfen, wie er will — dagegen haben wir ja nichts, aber daß diese ultramontane Organisation berechtigt sei, in die inneren Verhältnisse unseres Staates direkt einzugreifen, daß sie im Stande sei, innerhalb unserer Verhältnisse als dominante Gewalt aufzuziehen, daß sie sich als eine Gewalt hinstellt, berechtigt, mit diesem Staate zu paktiren (Rufe im Zentrum: Gerade umgedreht!) Sie rufen: gerade umgedreht? Ich erinnere Sie nur an die Interpellation des Herrn v. Malschmidt, aus der man doch entnehmen mußte, daß im Sinne seiner Partei das Papstthum immer noch als souveräne Gewalt dasteht, als souveräne Gewalt, mit der man Verträge zu schließen und zu rechnen hat, wie mit einem fremden Staate. Nun, wir wollen eben diesen freien Staat nicht, wir wollen dieses ultramontane und antinationale Werk nicht, um so weit, als es nothwendig ist, diesem Wege entgegenzutreten, von dem ich immer noch behauptete, daß es ein ganz moderner ist, durchaus nicht aus dem ursprünglichen Charakter der katholischen Kirche hervorgeht, und daß deshalb auch ohne diese spätere Ausdehnung das Wesen der christlichen und katholischen Kirche bestehen könnte. Diesen Weg wollen wir verschärfen und deshalb stehen wir nur Neigung, und bitten Sie lassen Sie uns wenigstens bei dem Kriege, den wir miteinander führen — es ist ein wirklicher, positiver Kampf in optima forma — einander loyal behandeln und nicht die Fragen der Moral in Fragen der Religion hineinbringen. (Lebhafte Beifall links.)

Hiermit wird die Generaldiskussion geschlossen. Persönlich bemerkte v. Schorlemers, daß er auf die Angelegenheit des Geh.-Rath. Wagener nicht eingegangen sei und eingehen würde, weil sie noch einer Untersuchung unterliegt, der er nicht vorgreifen wolle.

Die Spezialdiskussion wendet sich nun dem Art. 15 zu.

Abg. Reichenberger (Koblenz): Der Art. 15 ist die Abie, um welche sich die ganze Diskussion dreht. Er gewährt den beiden großen christlichen Kirchen das Hauptgrundrecht. Hat nun die Kirche durch ihre jetzige verfassungsmäßige Existenz dem Staat irgend eine Gefahr gebracht oder droht dem Staat eine Gefahr? Wenn nicht, so müssen die beiden Artikel nach wie vor fortbestehen. Die Berufung auf die Zeiten der Ghibellinen und Welfen, bei welcher Parallele Herr Birchow und seine Freunde die Rollen der Hohenstaufen übernehmen, war überaus ungünstig. Denn die Hohenstaufen haben sich immer noch als gläubige Katholiken hingestellt. Etwas Ahnliches habe ich nie aus dem Mund des Abg. Birchow gehört. Die Hohenstaufen sind über die Alpen gegangen, und die Ultramontanen thun dies auch; ich weiß nicht, ob sich der Abgeordnete Birchow in dieser Beziehung zu den Ultramontanen rechnet (Heiterkeit im Zentrum).

Nur das eine kann ich ihm zugeben, daß er sich auf Friedrich II. berufen kann, welcher sich auf die Seiten der Mauren gestellt hat, er hat wenigstens mit ihnen viel Umgang gehabt. Sodann hat der Vorredner ausgeführt, daß die Moral, wenn nicht durch die Kirche gefährdet, doch jedenfalls durch sie nicht repräsentiert wird. Auf welchen Fundamenten will er denn seine Moral und seine Sittlichkeitsbegriffe aufbauen, wenn nicht auf einem religiösen Boden. (Sehr gut! im Zentrum.) Die Geschichte weist nach, daß mit den Religionen immer die Sitten gehalten worden sind. Bis jetzt ist mir noch kein Philosoph bekannt, der eine allgemein gültige Moral für das glaubenslose Menschengetriebe aufgestellt hätte. Wenn er der Kirche die Neigung zu einer sog. ethischen Moral zuschreibt, so erkennt er doch die Möglichkeit an, daß wir noch zu den ehrlichen Leuten gehören, während ein anderer Herr vom Ministerialen aus seine Partei als die der ehrlichen Leute bezeichnet hat. Wir gehören nicht zu der seitigen, also scheint uns die Christlichkeit implizite abgesprochen zu sein. (Heiterkeit im Zentrum.) Wenn er uns übrigens in Konflikt geetzt hat mit der Dynastie, so hat er ein schweres Unrecht begangen; gerade wir haben während der ganzen Zeit, die wir unter preußischem Szepter stehen, daß wir vor Allen loyal sind; daß wir trotz aller Anfeindungen loyal bleiben werden. (Ruf: Passiver Widerstand!) Soll denn der etwas nicht zulässig sein? Ist das die Freiheit, von der die Herren träumen, daß man über ein Gottesgebot hinweggehen müßt, um ein oft sehr schnell wechselndes Gebot des Staates zu erfüllen? Wie traurig, daß die Unterordnung zwischen Recht und Loyalität so oft und leicht verloren geht! Man spricht wohl vom Rechtsstaate aber doch niemals von einem Loyalitätsstaate. Auch der blutige Konvent war legal, auf Grund von Gesetzen, die er selbst gemacht, hat er die Dragonaden und Septembermorde ausgeführt und viele unschuldige Schlägerkopf auf die Guillotine gebracht. Das war Legalität, aber gewiß nicht Recht. Überhaupt, meine Herren, Sie sind es, die allmählig die tiefe Kluft zwischen Recht und Legalität eröffnet haben. (Murrhe links.) Sie sprechen immer von der Heiligkeit des Gesetzes, nie von der Heiligkeit des Rechts, während doch die Gesetze Ausfluss des Rechts sind, nicht umgekehrt. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Abg. Birchow sagt, die Wege, die jetzt eingefügt sind oder werden sollen, führen uns zur Freiheit, und auf diesem breiten Wege liberaler Freiheit würden wir endlich allen kleinsten Polizeimafregeln entgehen. Umgekehrt, Polizeimafregeln in Hülle und Fülle sind gerade in Folge der neusten Ausnahmegesetze aufgesetzt und wuchern im ganzen Lande. So die Jesuiten gegen die Jesuiten, die man, selbst wenn sie frank sind, aus ihrem elterlichen Hause ins Ausland zu gehen zwingt; in Saarbrücken hat man den Nonnen verboden, armen Kindern im Stricken und Nähen Unterricht zu erteilen, wahrscheinlich weil sie mit den Jesuiten verwandt sind oder während des Unterrichts den Kinder ultramontane Ansichten beibringen könnten. Den Lehrern und Beamten verbietet man katholischen Vereinen beizutreten, in welchen die Notabeln des Ortes sind, bei Strafe diszipliniert zu werden. Das ist die Freiheit, der wir entgegengehen. Ist das eine Freiheit, daß man eine offizielle Presse, die aus einem Fonds unterstellt wird, über welchen keine Rechenschaft gelegt wird, um gegen die Katholiken zu hetzen? Und das geschieht systematisch. Überhaupt, diese großartige Katholikenhetze — doch nein, — sie verdient dies Beifort nicht, — diese kleinliche, erbärmliche und verächtliche Katholikenhetze — ich finde kein Wort sie zu bezeichnen — sie verdient nicht, daß die Männer des Fortschritts sie in Schutz nehmen. Sowohl sind wir jetzt schon: wohin werden wir erst kommen, wenn die neuen Gesetze in Kraft treten? Der Abg. Birchow hat behauptet, ich hätte Herrn Langrand einen außerordentlichen Wohlthäter der Menschheit genannt und derselbe Mann sei vom Papst als ein treuer Sohn der Kirche besonders ausgezeichnet worden. Das erste ist meines Wissens nicht wahr; das zweite glaube ich nicht. Herr Langrand ging nach Italien, um dort Geschäfte zu machen, in welche die Kurie mit verwickelt war; er wollte den Verkauf der Kirchengüter in die Hand nehmen, um soviel wie möglich von dem Kirchenzate vor der Revolution zu retten. Er wurde zurückgewiesen. Daraus darf ich schließen, daß ihm Auszeichnungen nicht zu Theil geworden sind. Einen außerordentlichen Wohlthäter habe ich ihn nicht genannt, aber wenn man ihn hier neben diesen stellen will, welche zu den höchsten Schichten des Gründerthums gehören, dann thut man ihm im höchsten Grade Unrecht; dabin gehört er nicht. Ich habe die Angelegenheit in den belgischen Blättern genau verfolgt. Die großen, vielleicht zu großen Unternehmungen Langrands hätten zweifellos ohne prosperirt, wenn nicht das liberale belgische Ministerium, dessen einflussreichstes Mitglied der Justizminister war, sich mit Gewalt in die Geschäfte eingedrängt hätte. Der damalige Generalprokurator in Brüssel wollte die Sache nicht verfolgen, weil er es für nachtheilig für die Gläubiger hielt. Es wurde ein liberaler Journalist aus irgendeinem vorigen Replikationen gewonnen, um den Generalprokurator anzugreifen, die Sache kam vor die Urteile und so stürzte das Geschäft zusammen. Nichtsdestoweniger haben die Gläubiger bei der Liquidation nach allen Kreuz und Querjügen noch 70 Prozent bekommen. Ich möchte nun die großen Gründer sehen, die sich auf diese Weise aus der Sache gezeigt haben. Es steht ferner fest, daß die große Mehrheit der Blätter, welche die Geschäfte des Fräulein Spitz oder in München unterstützten, der liberalen Partei angehörte, und von der Mehrzahl der ultramontanen Zeitungen desavouirt worden ist. Schließlich muss ich noch meine Verwunderung darüber aussprechen, daß Herr Birchow die Mauren für Schwarze hält. (Beifall im Zentrum.)

Persönlich bemerkte Abg. Birchow, daß er die erwähnten Polizeimafregeln durchaus nicht billige, wohl aber den Gang der gegen Rom gerichteten Gesetzgebung. Wenn das Zentrum sich mit Rom identifiziere, so werde es ebenfalls als Gegner behandelt.

Art. 15 wird in der veränderten Gestalt genehmigt, desgleichen ohne Diskussion Art. 18. Einleitung und Überschrift. Endlich wird der Gesetzentwurf im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 108 Stimmen angenommen. (Ein Mitglied enthält sich der Abstimmung. Bei der dritten Lesung am 1. Februar erfolgte die Annahme mit 245 gegen 110 Stimmen.) Der Gesetzentwurf lautet: Einziger Artikel. Die Artikel 15 und 18 der Verf.-Urkunde vom 31. Januar 1850 sind aufgehoben. An die Stelle derselben treten folgende Bestimmungen:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen.

Mit der gleichen Maßgabe bleibt jede Religionsgesellschaft im Besitz und Genuss der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds."

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Beleidigungsrecht bei Befreiung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staat zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf Anstellung von Geistlichen beim Militär und öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Im Übrigen regelt das Gesetz die Beugnisfrage des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener und stellt die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt fest.

Damit ist dieser Gegenstand nach sechsfacher Berathung für die Tagesordnung des Abgeordnetenbaues endlich abgelöst.

In dritter Berathung wird der Gesetzentwurf betr. die Verfassung der Amtsverbände und des Landessommerverbandes in den Hohenzollerschen Landen fast unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

In ziemlich eingehender Weise wiederholen sich die Debatten bei der dritten Berathung des Erzbischofsteuergefeiges. § 25 der Verfassung (Erwerb der Substanz der Erbschaft ohne Nutzung) hat in der zweiten Lesung folgenden Zusatz erhalten: Wenn ein überlebender Ehegatte elterlichen Niederschrifts oder mit den Kindern in fortgesetzter Gütergemeinschaft im Besitz des Ehevermögens bleibt, so findet eine Besteuerung des während der Dauer dieses Verhältnisses durch den Tod eines Kindes an dessen Geschwister oder deren Descendanten gelangenden Anfalls nicht statt.

Tagesübersicht.

Posen, 3. März.

In der letzten Debatte über das Verfassungsgesetz, welche am Sonnabend stattfand, leisteten die ultramontanen Redner ganz Ungewöhnliches an Drohungen, die darauf berechnet waren, an hoher Stelle zu wirken. Herr Graf Brachma „zittert für Vaterland und Thron“ und war überzeugt, daß der Kampf gegen die Kirche mit der „Revolution gegen die Könige“ endigen werde. Herr v. Schrämmer-Alst entwarf ein prophetisches Bild von den Aenderungen, die demaleinst an den Artikeln der Verfassungskunde, welche „von Könige“ handeln, vorgenommen werden würden. Die Herren vergessen nur, daß sie die gehoffte Wirkung selbst zerstören, indem sie gleichzeitig den „passiven Widerstand“ und den Gehorsam unter Vorbehalt, d. h. den Ungehorsam gegen die Gesetze des Staates predigen. Die Festigkeit unserer Dynastie gründet sich auf ihre Thaten für den preußischen Staat und für die Nation, und wie gewaltig die Geschichte dieser Thaten auf jede ehrliche Partei wirkt, das zeigte sich in den befreiten Worten eines Mannes der entschiedenen Linken, des Abg. Birchow. Uebrigens steigern sich die Phrasen der Klerikalen in demselben Maße, in welchem der Staat seine siegreiche Macht bewährt. Die Klügsten unter ihnen führen wissen schon lange, daß sie geschlagen sind, und der Dunst großsprecherischer Redensarten über den endlichen Triumph der ultramontanen Kirche soll nur dazu dienen, um blöden Augen jene Niederlage zu verdecken, und noch für einige Zeit auf die zu wirken, welche ein furchtsames Herz und schwache Nerven haben.

In Versailles hat das Nachspiel zum europäischen Karneval begonnen. Schon liegen zwei Berichte über die Debatten bezüglich der Verfassungs-Entwürfe der Dreißiger-Kommission vor. Man weiß nicht recht, soll man sie als Karnevals- oder Schlachterichte bezeichnen. Das Ensemble der zu Tage tretenden tragödienhaften Gegenfälle spricht für erstere — der Ernst der Dinge, um die es sich dabei handelt, für letztere Bezeichnung. Hier Monarchie! rufen die Rechte; Hier Volksabstimmung! rufen die Bonapartisten; Hier Republik! — die Linke, und nun kommen noch die Stimmführer der verschiedenen Schattierungen der Republik, um die Dissonanz recht drastisch zum Ausdruck zu bringen. Hinter den Coussins steht der chef de partie, Herr Thiers, und scheint seiner Sache für den Augenblick um so sicherer zu sein, je zerschreiter die versäller „Unsterblichen“ sind. Die Schen der letzteren vor der Auflösung der Nationalversammlung dürfte ihnen wirklich bald jenen akademischen Beititel verschaffen. Doch wir werden auf dieses Karnevalsspiel wohl noch mehr zu sprechen kommen. Allem Anschein nach wird es weder der jetzigen Nationalversammlung, noch ihrer Nachfolgerin bei Lebzeiten des Herrn Thiers beschieden sein, die Frage Republik oder Monarchie zu entscheiden.

Der Unterschied zwischen den heutigen französischen und spanischen Zuständen wird eben immerhin der sein, daß es in Frankreich nur eines Monarchen bedarf, um aus der konservativen Republik in die Monarchie überzugehen, während es in Spanien nur des Rücktritts des Monarchen bedurfte, um die radikale Monarchie unaufhaltlich in die Arme der vorgebrachten Republikaner sinken zu lassen, deren eigentliche Tendenzen, im Falle ihrer Realisierung, das alte Königreich beider Kastilien dem Schicksal der südamerikanischen Republiken zu überliefern drohen. Diesen Ansichten gegenüber gewinnen die monarchistischen Gegenanstrengungen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, wenngleich die über dieselben verbreiteten Nachrichten nicht ohne Vorsicht aufgenommen werden dürfen. So ist die von der pariser „Union“ angegebene Stärke der Karlisten von 35,000 Mann jedenfalls übertrieben. Bei der Erfahrung aller Zustände und der vollständigen Dekomposition der Armee würden 35,000 Mann gut organisierte und kräftig geführte Truppen ohne Zweifel vollständig genügen, jede, gleichviel welche, Regierung in Spanien aufzurichten. Einzelne pariser Blätter haben den Prinzen von Asturien bereits wiederholts heimlich von Wien abreisen lassen. Dem gegenüber berichten die wiener Zeitungen, daß der Prinz in der letzten Woche drei Tage in Salzburg verweilte und von dort am 27. Februar nach Wien zurückgekehrt ist. — Der madrider Timeskorrespondent schildert die Situation der spanischen Hauptstadt am 24. Februar folgendermaßen:

„Die wohlhabenden Familien verlassen Madrid in aller Eile; die Strafen werden von bewaffneten Gruppen durchzogen, welche unter dem Vorwand, die Ordnung aufrecht zu erhalten, Exzesse aller Art verüben. Die Läden sind geschlossen und die Haustüren werden nur geöffnet, um Mundvorräthe und Zeitungen einzulassen; dafür befindet sich die ganze Bevölkerung an den Fenstern, was der Stadt einen ebenso belebten als bizarre Anblick verleiht.“

Die Beurtheilung der kirchenpolitischen Vorgänge in der Schweiz ist durch die verschiedenen lautesten Berichte in diesem Augenblick einigermaßen erschwert. Die Ultramontanen Solothurns hoffen ersichtlich auf einen günstigen Erfolg im Kantonalrat, dessen Einberufung sie fordern, obgleich von den 18,000 Stimmberechtigten des Kantons nur wenig über 2000 den Antrag unterzeichnet haben. Dennoch wird, da die gesetzlich nochwendige Zahl (2000) erreicht ist, demselben Folge geben werden müssen. Über die von der Regierung getroffenen Massnahmen sind verschiedene Lesarten verbreitet. Thatsache ist, daß die zwei Bataillone und eine Scharfschützenkompanie in Solothurn nicht einberufen, wie telegraphisch gemeldet wurde, sondern nur „auf Picket gestellt sind.“ Dies bedeutet aber nur, daß die Milizen sich zu Hause vollkommen bereit zu halten haben, so daß sie sofort an dem Sammelpunkt sich einfinden können, wenn sie durch Generalmarsch einberufen werden.

Für das auf dieser Seite folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Rühmlichst bekannt durch seine Heilwirkung.

Berlin, Invalidenhaus, den 13. September 1872. Da ich wegen meines schweren Brust- und Unterleibsschmerzes sehr geschwächt bin, so bitte ich um gütige Verabfolgung von Ihrem wahrhaft stärkenden, nicht genug zu rühmenden Malzbier. Meine letzte Hoffnung auf Besserung gehe ich auf Gott und Ihr Malzvertrakt. Weigel, Feldwebel.

An den Kgl. Hoflieferanten Herrn Johann Hoff, Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38; in Neutomischl Herr A. Hoffbauer; in Bentschen Dr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassiel & Co.; in Schroda Herr Fischel Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Bleschen: L. Zboralski.

Neuer israelit. Verein für Krankenpflege u. Leichenbestattung.

Eine Gedenk- u. Seelenfeier
für die hingeschiedenen Mitglieder unseres
Vereins findet am Donnerstag, 6. März c.
(^{תְּנַךְ} "1) Abends 5½ Uhr im Tempel der
israelit. Brüdergemeinde statt.

Posen, den 3. März 1873.

Der Vorstand.

Reisetag, den 5. Oktober 1872.
Am 2. und 5. d. M. sind folgende, am 1. April 1. J. bei der hiesigen Kreis-Rommunal-Casse eingelösende Meseritzer Kreis-Obligationen gezogen worden:

I. Emission und II. Emission.

Lit. A. à 500 Thlr. 1 Stück: 9.
Lit. B. à 100 Thlr. 10 Stück: 29 60 61 82 110 121 176 243 244 287.

Lit. C. à 50 Thlr. 20 Stück: 82 216 258 280 307 340 357 380 413 432 439 473 508 522 541 549 555 560 578 592.

Lit. D. à 25 Thlr. 16 Stück: 264 274 276 295 305 309 330 331 358 366 370 393 404 419 431 434 439 453 473 488 505 540 541 550 579 580 627 638 640 709 710 712 730 815 817 818 896 937 967 1002 1016 1024 1031 1036 1048 1062 1070 1079 1084 1103 1126 1156 1173 1183 1190 1246 1251 1288 1308 1317 1332 1337 1347 1364 1369 1400 1419 1440 1457 1522 1545 1559 1567 1585 1601 1629 1639 1667 1689 1709 1715 1727 1750 1760 1784 1800 1805 1808 1841 1845 1855 1869 1871 1875 1892 1898 1912 1932 1965 1976 1999 2000 2030 2060 2103 2107 2109 2114 2125 2155 2158 2172 2175 2198.

IV. Emission für das Jahr 1873. - Valutapreise auf Grund des Alljährlichen Erlasses vom 25. November 1857.

Lit. C. über 100 Thlr. ein Stück: 32.

Lit. D. über 40 Thlr. fünf Stück: 2 30 45 57 und 76.

Aus der Verloofung vom 25. September 1868 sind noch nicht eingelöst:

Lit. D. Nr. 696 über 25 Thlr I. Emission.

Aus der Verloofung vom 23. September 1869

Lit. C. Nr. 285 über 50 Thlr. I. Emission

und aus der Verloofung vom 18. September 1871

Lit. B. Nr. 164 über 100 Thlr.

Lit. O. Nr. 308 über 50 Thlr. und

Lit. D. Nr. 369 714 990 997 über 25 Thlr. I. Emission, sowie

Lit. D. Nr. 1674 1818 1844 über 25 Thlr. II. Emission.

Königlicher Landrat.

Monats-Uebersicht

vom 28. Februar 1873

— gemäß Art. 34 alin. 2 des Statuts. —

- a) Erworben unkündbare hypothekarische und Renten-Forderungen Thlr. 19,362,147. 27. 3.
- b) Erworben kündbare hypothekarische Forderungen Thlr. 910,000. —
- c) Ausgegebene unkündbare Pfandbriefe Thlr. 17,820,000. —
- d) Ausgegebene kündbare Pfandbriefe Thlr. 315,000. —

Gotha, 28. Februar 1873.

Deutsche Grundcredit-Bank.

v. Holtendorff. Landsky. R. Frieboes.

Zur Entgegennahme von Anträgen empfiehlt sich die General-Agentur für die Provinz Posen

Ed. Kaatz.

Bekanntmachung.

Diejenigen Herren, welche gesonnen sind, auf hiesiger Universität vom nächsten Sommer empor an Landwirtschaft zu studiren, wollen sich gefälligst bei dem Unterzeichneten anmelden. Das Semester beginnt mit dem 15. April.

Von den Disziplinen, die ich selbst im Laufe der Semester zu lesen gedenke, sind hervorzuheben:

Allgemeine Landwirtschaftslehre, Betriebslehre, landwirtschaftliche Tageszeitungen, Pflanzenbau, Hüttung, Tierzucht, landwirtschaftliche Meteorologiekunde, Gewundheitsepflege der landwirtschaftlichen Haustiere.

Hiermit werden die studirenden Landwirthe Gelegenheit haben, folgende für sie speziell d. stimmbare Collegia zu hören:

Anorganische Chemie, Agrikulturchemie, Physik, Bodenkunde, Mechanik mit besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Maschinen, bei Prof. Dr. Schulz und Prof. Dr. Kasten. Landwirtschaftliche Botanik mit besonderer Berücksichtigung der Wiesenkräuter, inkl. die Lehre von den Unkräutern und Pflanzenkrankheiten, Pflanzenphysiologie bei Prof. Dr. Röper. Thierphysiologie bei Prof. Dr. Aubert. Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft bei Prof. Dr. Höhler. Landwirtschaftsrecht, Reichsgesetzgebung bei Prof. Dr. Böhla.

In der permanenten Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen der Herren Stiller und Weber in Rostock wird Herr Ingenieur Weber den Herren Studirenden Demonstrationen an landwirtschaftlichen Maschinen halten.

Außerdem den Landwirthe die chemischen und physiologischen Laboratorien der Herren Professoren Schulze und Aubert zur Benutzung offen stehen.

Einen besonderen Werth werde ich darauf legen, wenn die studirenden Landwirthe unserer Hochschule mir persönlich nahe treten möchten. — Der persönliche Verkehr mit dem Einzelnen wird die wissenschaftlichen Vorlesungen vom Ratheder herab nicht nur ergänzen, sondern ich würde dadurch auch Gelegenheit haben, die intellectuellen Bedürfnisse jedes Einzelnen kennen zu lernen und da, wo es der Studirende wünscht, ihm ratend zur Seite stehen.

Rostock, im Februar 1873.

Graf zur Lippe,

Dr. phil. und ord. Professor der Landwirtschaft
an der Universität Rostock

Ziegelöfen

zum größeren und kleineren Betriebe, zum Brennen von Rohbausteinen, Drainröhren und Dachsteinen erbaut unter Garantie

Vogt, Maurermeister
in Dyhernfurth in Schlesien.

In unserer Religionsschule für israelitische Knaben und Mädchen finden Zöglinge jedes schulpflichtigen Alters Aufnahme. Anmeldungen für das Sommer-Semester, für welches noch eine neue Lehrkraft und geeigneter Lokalitäten gewonnen werden, sind schon jetzt erwünscht und können täglich bei unserem Rabbiner Herrn Dr. Bloch, Markt Nr. 85, 2 Tr., in den Vormittagsstunden erfolgen
Posen, im Februar 1873.

Der Vorstand der israelitischen Brüdergemeinde.

Ostdeutsche Bank.

Wir beeilen uns die Herren Actionäre unserer Bank zu einer am 17. März Nachmittags 5 Uhr im Hotel Mylius

hier selbst, stattfindenden General-Versammlung zu dem Zwecke einzuladen, um:

1. den Bericht über die Geschäfts Verwaltung, Vorlegung des Rechnung Abschlusses und der Bilanz entgegenzunehmen,
2. über Bertheilung der Dividende und Ertheilung der Decharge zu beschließen,
3. die Neuwahl für ein ausscheidendes Mitglied des Aufsichtsraths zu bewirken.

Gemäß §. 25 des Statuts sind zur Theilnahme nur solche Actionäre berechtigt, welche wenigstens 7 Tage vor der Generalversammlung ihre Actien bei den hierzn bezeichneten Stellen depositiert haben.

Die Deposition hat zu erfolgen

- a. in Berlin.
1. bei Herren Bein et Comp.
2. , , Helfst Gebüder.
3. , , Mamroth. Bank-Geschäft.
4. , , Oppenheim et Comp.

b. in Breslau.

1. bei der Breslauer Diektonbank, Friedenthal et Co.
2. bei Herren Eichhorn u. Comp.
3. E. Heimann.

c. in Posen bei der Cassse der Ostdeutschen-Bank.

Posen, den 1. März 1873.

Der Aufsichtsrath
Helfst.

Vulcan-Oel,

echt amerikanisches aus den Erdquellen von West-Virginien, vorzüglichstes Schmiermaterial für Maschinen empfiehlt

Ostdeutsche Producten-Bank.

Maisch-Zuckerungs-Apparat.

Hollefreund.

Dies für Brennerei-Besitzer höchst wichtige Apparat, welcher durch Vereinfachung und Ablösung der Maischoperation, sowie durch die durch ihn erzielte vollkommene Verarbeitung, ganz außerordentliche Vortheile bietet, wird in unserem Stablißment p. z. nach Anleitung des Erfinders und der Patent-Inhaber angefertigt in verschieden Größen.

Auf alle die Anfragen stehen wir gern zu Diensten.

Besondere Patenthonorar wird nicht berechnet.

Schwibus, im Februar 1873.

Station der Märkisch-Posener Eisenbahn.

Gebr. Pietzsch,

Maschinenfabrik, Eisengießerei und Dampfkesselschmiede.

Deutsche Lotterie.

Ziehung 4. Juni cr.

Loose à 1 Thlr. Bläne ic.
bei den Lotterie-Einnahmern Ed. Bote & G. Bock,
Wilhelmsstraße, Ed. Jansen Nachfolger.

Wissenschaftlich empfohlen gegen Husten, Heiserkeit

Geb. Rath Burghardt bemerkte, daß die Regierung ihren Widerspruch gegen diese Bestimmung, welche keineswegs aus dem Gedanken des Gesetzes hervorgehe, aufrecht erhalten müsse.

Abg. v. Bismarck (Szlatow) beantragt, den Passus in folgender Fassung anzunehmen: Wenn ein überlebender Ehegatte mit mehreren Kindern die eheliche Gütergemeinschaft fortsetzt, so wird die Besteuerung des beim Tode eines Kindes an dessen Geschwister gelangenden Anteiles bis zur Auflösung der Gütergemeinschaft ausgekehrt und erfolgt nach Maßgabe des alsdann vorhandenen Vermögens. — Nach längerer Debatte bestätigt indessen das Haus unter Ablehnung des Bismarck'schen Amendoements die Beschlüsse der zweiten Beratung, sowohl an dieser Stelle, als bei allen übrigen Paragraphen. Auch der Kosten-Tarif wird unverändert angenommen. Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (T-O. die Steuer-Vorlage und mehrere kleinere Gesetze.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. März.

— Man schreibt uns: Der Aufsichtsrath der Ostdutschen Bank nahm in seiner gestrigen Sitzung den Bericht der Direktion über das Geschäftsjahr 1872 entgegen. Nach voraufgegangener, eingehender Revision der Kassen-Effekten-Lombard- und Wechsel-Bestände und Prüfung der Bücher, beschloß der Aufsichtsrath die Vertheilung einer Dividende von 8%. Die Grundsätze und den Geist in dem das Institut verwaltet werden sind, fand die allseitige Anerkennung des Aufsichtsrathes.

r. Zur Befolzung von Kreis-Schulinspektoren nimmt der in den Landtag bereits eingebaute Nachtrag zu dem Staatshaushalt-Estat pro 1873 neue Mittel über die bis dahin angemeldete Zahl von Stellen hinaus in Aussicht. Die Regierungen sind von dem Herrn Minister hieron mit dem Bemerk in Kenntniß gesetzt worden, daß der Durchschnitt der vorläufig zu bewilligenden Remunerationen einschließlich der Reise-Entschädigungen bis auf Weiteres den Jahresbetrag von 1400 Thlr. nicht überschreiten dürfe und die definitive Regulirung der Gehälter vorbehalten bleiben müsse. Gleichzeitig sind die Regierungen aufgefordert worden, schleunigst darüber zu berichten, ob und wie viel Kreis-Schulinspektore über die bisher angemeldeten Stellen hinaus neu einzurichten, resp. anderweitig zu besetzen sein würden. Hierbei soll, wie früher, daran festgehalten werden, daß es sich auch darum handle, in Bezirken mit fremdsprachlicher Bevölkerung Beamte von patriotischer Gesinnung anzustellen, welche die besondere Aufgabe haben, die Schulen in diesem Geiste zu leiten und in denselben namentlich den deutschen Sprachunterricht zu fördern. Wie wir nun erfahren, wird von der hiesigen königl. Regierung auf die Errichtung von sechs neuen Kreis-Schulinspektionen angetragen werden, so daß dann im Ganzen 14 Kreis-Schulinspektionen für die katholischen Schulen im Regierungs-Bezirk Posen vorhanden sein werden.

r. Die Reorganisation unseres städtischen Schulwesens, welche vor vier Jahren begann, hat nunmehr zwei Aufgaben gelöst: die Trennung der Geschlechter ist erfolgt, so daß es gegenwärtig nur noch Knabenschulen und Mädchenschulen gibt und außerdem sind größere Lehrkörper mit 5-6 Klassen geschaffen worden. Die dritte und wichtigste Aufgabe der Reorganisation: Die Einführung des Prinzips der Simultanität in unser niederes Schulwesen, mußte unter den damaligen ungünstigen Verhältnissen vertagt werden, und nur mit großer Mühe gelang es endlich, noch zu Zeiten Mühlers, eine einzige Simultanknabenschule ins Leben zu rufen. Seitdem ist ein vollkommener Umschwung erfolgt. Das Prinzip der Konfessionalität, das bei uns so schlimme Früchte getragen, wird von der Staatsregierung nicht mehr in engerziger Weise festgehalten und schon hat man an mehreren Orten in der Provinz begonnen, Simultanschulen einzurichten. Obwohl die hiesige Regierung der Simultanschule wenig geneigt zu sein scheint, hat der Magistrat doch die Umgestaltung unseres gesammten Elementarschulwesens nach dieser Richtung ernstlich ins Auge gefaßt.

— Zum Berichte über die Stadtverordnetensitzung vom 26. Februar tragen wir noch folgendes nach: Herr Dr. Brieger wies darauf hin, wie schwierig die Verhältnisse seit längerer Zeit gewesen seien, unter denen die Lehrer der Realschule gearbeitet hätten. Dennoch sei Bedeutendes erreicht worden, wie dies auch das kompetente Urteil der wissenschaftlichen Prüfungskommission in Breslau bezeugt. Wenn aber die Schule im Ganzen auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe, so sei das nur erreicht durch das große Geschick, durch den unermüdlichen Eifer und die Pflichttreue, mit welcher die Lehrer beider Nationalitäten wetteifernd gestrebt hätten, den Schaden, welcher durch die Lüden im Lehrerkollegium erwachsen sei, auszugleichen und dieses erfolgreiche Strebe verdiente den wärmsten Dank der Stadtgemeinde und ihrer Vertreter.

r. Der Verein Posener Lehrer hielt am Freitag eine Versammlung im Vereinstiale behufs Erledigung mehrerer Vereinsangelegenheiten ab. Zunächst wurde vom Schriftführer, Hrn. Mittelschullehrer Franke, ein ausführlicher, mit großer Sorgfalt angefertigter Bericht über den ersten, vor 8 Tagen im Verein gehaltenen Vortrag des Hrn. Dr. Brieger aus der Literaturgeschichte mitgetheilt. Dieser Vortrag, dem ein zweiter am 7. d. M. folgen wird, behandelt die Periode von Luther bis Haller und wies im Anfange namentlich auf diejenigen Werke der Literatur hin, welche sich mehr oder weniger zum Studium und für die Zwecke der Fortbildung empfohlen. — Nach diesem Berichte theilte alsdann der Vorsitzende, Hr. Julius Lehmann, eine Petition um Regelung der Lehrergehälter mit, welche der Vorstand des Provinzial-Lehrervereins an den Unterrichtsminister bereits in der vorigen Woche abgesandt hat und ebenso auch an die königlichen Regierungen in der Provinz richten wird. Diese Petition, zu welcher aus der Provinz etwa 600 Zustimmungserklärungen eingegangen sind, soll nebst einer sehr schläglichen Statistik des Turnlehrers Kloß in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

r. Im Handwerkerverein giebt morgen (Dienstag) im Lampertheim Saale Hr. Director Barth aus Berlin eine Vorstellung aus dem Gebiete der Physik und Chemie mit erläuterndem Vortrage. Es kommt dabei eine Batterie von 70 Bunsen'schen Elementen zur Anwendung, und werden mit Hilfe derselben die interessantesten Erscheinungen aus dem Gebiete des Galvanismus und des Elektromagnetismus vorgeführt. Auch Nicht-Mitgliedern ist der Eintritt gestattet, jedoch nur gegen ein Entrée von 5 Sgr.

r. Verkäufe. Das Violette Gründstück, Bronkerstr. Nr. 18 ist für 30,000 Thlr. in den Besitz des Fleischwermeisters Herrn Kummann übergegangen. Das Wildegans'sche Gründstück Judenstr. 24 hat Herr Restaurateur Görlt gekauft.

Am Alten Markt sind die Bauarbeiten an dem Hause auf dem Gründstück Nr. 68 (Ecke der Schulstraße), wie man hört, politisch plötzlich inhibirt worden. Die Veranlassung dazu soll der Umstand gegeben haben, daß der Baukonsens ursprünglich nur zur Ausbreitung eines Ladens an dem Alten Markt ertheilt worden ist, gänzlich aber ohne Konsens die ganzen Gewölbe im Innern herausgeschlagen und überhaupt so bedeutende Umänderungen des ganzen Baus vorgenommen worden, daß die Ummauern dadurch gefährdet sein sollen.

r. In Kurnik besteht, wie man aus einer Bekanntmachung des Kreisgerichts zu Schrimm er sieht, eine polnische Ackerbaugesell-

schaft unter dem Schutze des heiligen Stanislaus, bekanntlich des Schutzpatrons Polens. Derselbe war um d. J. 1070 Bischof zu Krakau und wurde i. J. 1248 kanonisiert; ob er sich besondere Verdienste um den Ackerbau erworben, ist nicht bekannt.

r. Hieron. Kajstiewicz, welcher i. J. 1821 in der polnischen Insurrektionssarzme kämpfte, i. J. 1842 Geistlicher wurde, dann zweimal Amerika, zweimal den Orient als Missionär bereiste und zuletzt in Rom lebte, ist dort vor Kurzem gestorben.

— In Betreff des Mordes in Jerzyce, dessen wir bereits im Morgenblatte erwähnten, können wir noch mittheilen, daß heute Vormittag noch eine dritte Person aus Jerzyce, ein ortiger Arbeiter, von hiesigen Schuhleuten verhaftet wurde. Die Vernehmung derselben fand auf dem Polizei-Direktorium Mittags in Gegenwart des Staatsanwaltes statt.

Schwere Körperverletzung. Ein hiesiger Droschenkutscher, welcher von seinem Herrn entlassen worden war, zuvor aber noch die Drosche gründlich reinigen sollte, weigerte sich, dies selber zu thun, und engagierte dazu einen Dienstmänn. Dies ärgerte seinen Herrn dermaßen, daß er im Born einen eichenen Handstock ergriff, und dem Kutscher damit mehrere derartige Hiebe über den Kopf versetzte, daß derselbe einige lebensgefährliche Verletzungen davontrug.

r. Baumfrevel. In der Nacht vom 9.—10. Februar sind auf der Posen-Glogauer Chaussee in der Nähe von Schmiegel frevelhafter Weise 36 Kirschbäume abgebrochen worden. Auf die Ermittelung des Thäters ist eine Belohnung von 20 Thlr. ausgesetzt.

Diebstähle. Verhaftet wurde ein unlängst aus dem hiesigen Gefängnis entlassener Knecht, welcher dort die Anfertigung von Haarketten erlernt, und, um auch in der Freiheit sein Geschäft weiter betreiben zu können, einen prachtvollen Zopf aus einem Schaukasten an der Bäder- und St. Martinstrasse-Ecke gestohlen hatte. Von einem Schuhmann wurden am Sonnabend auf der Wallstraße zwei Knechte angehalten, welche in mehreren Häusern Gänse zum Verkauf anboten. Nach längerem Leugnen gestanden sie ein, dieselben auf einem benachbarten Dorfe gestohlen zu haben.

X. Krotoschin, 26. Februar. [Abiturienten. Balkanen.] Am 22. d. M. fand im hies. Gymnasium die Prüfung von 19 Abiturienten statt, welche sämtlich das Zeugniß der Reife erhalten haben. Wie verlautet, beabsichtigen sechs derselben Medizin zu studieren. — Mit dem 1. März er. schiedet der mit Pension in den Ruhestand versetzte Kreisgerichtsrath Rhau aus dem hiesigen Richterkollegio, dem er seit dem Jahre 1835 angehört hat. Die Pensionirung des Kreisgerichts-Depositals Röllin ist auf seinen Wunsch bereits in Antrag gebracht.

Zwei deutsche Reden.

In der 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen zwei deutsche Abgeordnete unserer Provinz über die Sprachenfrage in den Schulen unserer Provinz, um die Forderungen eines polnischen Abgeordneten zu bekämpfen. Von beiden Reden liegt uns jetzt der stenographische Bericht vor, und da die „Old. Korr.“ einige Stellen sehr gefürzt hat, geben wir bei dem Interesse, welches diese Debatte beansprucht, heut den Wortlaut wieder:

Abg. v. Tempelhof: Meine Herren! Ungern und mit großem Widerstreben habe ich mich zum Wort gemeldet. (Stimmen rechts: Lauter!) Zu all den Anklagen, die wir von diesen Bänken, auf die polnische Fraktion deutend) in diesem Hause gehört haben, habe ich bisher beharrlich geschwiegen, weil ich befürchtete, durch meine Worte nur den unglückseligen Gegenzug zu verschärfen, der ja leider allerdings zwischen Deutschen und Polen in unserer Provinz existirt. Aber meine Herren, die geistige Rede des Herrn Abgeordneten Kantak zwingt mich zu einer Erwideration. Ich bin nicht im Stande, dem geehrten Herrn in seine Einzelheiten zu folgen und in diesen Einzelheiten zu widerlegen. Dies ist zum Theil von dem Herrn Kultusminister gestern bereits geschehen. Zum Theil aber kann ich nicht umhin zu befennen, daß der geehrte Herr Redner in vielen Punkten Recht hat. Ich gebe ihm zu, daß die Behandlung der Polen in unserer Provinz eine harte gewesen ist, aber, meine Herren, obwohl ich das zugebe, sage ich doch, diese Härte war geboten. Meine Herren, ich lebe bei nahe ein halbes Jahrhundert mittler unter ihnen in der Provinz Posen; ich habe während der ganzen Zeit sowohl ihr Verhalten, als das der l. Regierung ihnen gegenüber vor Augen gehabt und ich spreche daher aus Erfahrung. Viele Ober-Präsidenten habe ich kommen und gehen sehen, ihr Wechsel war leider nur zu häufig, und eben so häufig wechselten alle Beamten des Zivils, wie des Militärs in der Stadt Posen. Aber trotz dieses häufigen Wechsels habe ich doch immer nur ein und dasselbe beobachtet. Die meisten von ihnen kommen zu uns mit dem besten Willen, den Wünschen der Polen zu entsprechen; viele von ihnen haben sich um ihre Gunst beworben, aber allerdings vergebens. Ich muß aber auch gestehen, daß diese Forderungen nicht lange vorhielten; sie sahen sich nach kurzem Verlauf beinahe immer gezwungen, die Polen ihrem Schicksale zu überlassen. Meine Herren, ich denke doch, es wäre eine reine Plattheit, wenn man behaupten wollte, daß die vielen treuen Diener ihres Königs mit der Absicht in unsere Provinz gekommen wären, die hochberühmten Versprechungen ihres Herrn zu vereiteln. Nein, meine Herren, das war nicht der Fall; sie waren von dem besten Geiste belebt, aber, wenn es ihnen dennoch nicht gelang, diese Verhinderungen zur Wirklichkeit zu machen, so unterlagen sie eben nur der zwingenden Macht der Verhältnisse, der gegenüber der Wille des Einzelnen, und wäre es der eines Königs, machtlos bleibt. Meine Herren, ich kann sie versichern, daß auch wir deutsche Privileiate, die in der Provinz eingewandert sind, keineswegs mit der Absicht dahingingen, um die Polen zu unterdrücken oder sie zu vertreiben; nein, meine Herren, auch wir hätten gern in Frieden und Freundschaft mit ihnen verkehrt, wir haben uns vielfach um ihre Gunst beworben, und ich muß gestehen, daß dies meiner Meinung nach mitunter mit einem größeren Eifer geschehen ist, als es mit unserer nationalen Würde vereinbar war. Aber auch wir sind in unserem Vorhaben gescheitert, denn diese Gunst ist für uns in der Provinz Posen eben nur dadurch zu erlangen, daß wir unsere eigene Nationalität verläugnen. Meine Herren, ich will daraus den Polen keinen Vorwurf machen, ich will gern zugeben, daß, wenn ich in ihrer Lage gewesen wäre, ich vielleicht ganz dasselbe gethan hätte.

Nun, meine Herren, möchte ich Sie noch auf einen Vorgang hinweisen, der sich unter unseren eigenen Augen vollzogen hat; ich erinnere Sie an die Beschlüsse dieses hohen Hauses, die gestern der Herr Abgeordnete Kantak uns wieder vorgeführt hat. Ich meine, diese Beschlüsse geben einen schlagenden Beweis dafür, daß auch dieses hohe Haus lange Zeit gewillt gewesen ist, den Wünschen der Polen zu entsprechen. Nun, meine Herren, erwidere ich, wenn wir die letzten Beschlüsse, die hier gefaßt worden sind, so glaube ich, können wir uns der Wahrnehmung nicht verschließen, daß dies heute nicht mehr der Fall ist, und, meine Herren, das ist doch aus dem einzigen Grunde der Fall, weil wir uns überzeugt haben, daß die Erfüllung der polnischen Wünsche nicht mehr mit dem Wohl unseres Staates vereinbar ist.

Nun, meine Herren, wenn wir während eines so langen Zeitraums unter so verschiedenen Verhältnissen immer dasselbe entretenden, so meine ich, haben wir das Recht zu sagen, daß hier eine historische Notwendigkeit vorliegt. Ich meine, es ist nicht mehr statthaft zu behaupten, daß alles dies nur herbeigeführt worden ist durch die Willkür Einzelner. Diese Notwendigkeit besteht und ich meine, es geriemt sich für jeden, sich ihr zu unterwerfen, und wie hart eine solche Notwendigkeit auch für die Gefühle Einzelner sein mag, ich sehe in dieser Unterwerfung keine Schande, denn sie ist unvermeidlich und ich denke, die Zeiten sind vorüber, wo Bruthus als letztes Mittel sich in sein Schwert stürzte.

Nun, meine Herren, ich habe gesagt, die Härte, die gegen die Polen seit vorigem Jahr vorgeholt hat, war notwendig, aber ich siehe auch nicht an, ferner zu erklären, daß alle die Maßregeln, die jetzt die l. Regierung gegen die polnische Sprache beabsichtigt, nur gerechte sind, denn, meine Herren, wir sehen, daß die Polen nicht aufzuhalten zu behaupten, daß sie mit allen ihren Stammesgenossen solidarisch verbunden sind; die polnische Presse läßt keine Gelegenheit vorübergehen, diesen Gedan-

ten zu betonen, und niemals liest man darin ein Wort des Widerspruchs dagegen.

Nun, meine Herren, erklären sich dadurch die Polen nicht als Mitglieder einer Gemeinschaft, die nicht die unseres Staates ist?

Sie behaupten ferner, meine Herren, daß ihre Sprache notwendig ist, um ihr nationales Bewußtsein aufrecht zu erhalten; sie befürchten, daß dieses Bewußtsein verloren geht mit ihrer Sprache. Nun, meine Herren, kann man dann noch von einer Ungerechtigkeit reden, wenn auch der Staat jetzt diesen Gedanken der Polen ihnen gegenüber zur Geltung bringt? wenn er auch sagt: unser nationales Bewußtsein ist mit unserer Sprache unauslöslich verbunden? wenn er darum diese Sprache bevorzugt und die polnische Sprache, die einer anderen Gemeinschaft dienstbar ist, nicht mehr hegen und pflegen will? meine Herren, ich gebe zu, daß diese Konsequenz für das menschliche Gefühl ungemein hart erscheint, und daß sie verleidet ist für diejenigen, die davon betroffen werden; aber ich denke, meine Herren, diese Konsequenz läßt sich nicht abweisen. Die Härte, die bei der Ausführung dieses Gedankens zu Tage tritt, ist meines Erachtens notwendig bedingt durch die Beharrlichkeit, mit der die Polen an diese Solidarität festhalten. Wollten die Polen diese Solidarität aufzugeben und für ihre Sprache keine andere, als die ihr unter allen Umständen beheimende, soziale Bedeutung beanspruchen — ja, dann, meine Herren, glaube ich, wäre der Staat in der Lage, von seiner Härte nachzulassen, sonst aber nicht.

Darum, meine Herren, bitte ich Sie, lehnen Sie alle diejenigen Anträge, die zur besseren Pflege der polnischen Sprache dienen sollen, ab, ich glaube, Sie erfüllen damit nur eine politische, eine patriotische Pflicht, ja meine Herren, ich glaube sogar, daß Sie dadurch für das wahre Wohl unserer polnischen Mitbürger besser sorgen, als wenn Sie einzelnen ihrer Wünsche entgegenkommen und sie erfüllen, denn ich glaube, meine Herren, ihre Endziele können und wollen Sie weder unterstützen, noch ins Leben rufen.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Witt-Bogdanowo ließ sich nach dem stenographischen Bericht wie folgt aus:

Meine Herren! Ich habe bereits wiederholt Gelegenheit gehabt, in diesem hohen Hause zu erklären, daß ich mich als Abgeordneter der Provinz Posen stets als Vertreter beider Nationalitäten betracht habe, und ich werde auch in diesem Sinne die vielfachen Anschuldigungen, die wir gestern von dem Herrn Abg. Kantak gegen die jüngsten Verfügungen des Herrn Kultusministers gehabt haben, zu beantworten versuchen. Meine Herren! es liegt mir fern, einer Nation, die um ihre Sprache kämpft, dieses Recht irgendwie beizutreten zu wollen. Ich glaube aber, je mehr ich mir Mühe gegeben habe, bei verschiedenen Gelegenheiten diesen Anschuldigungen gerecht zu werden, um so mehr darf ich auch beanspruchen, daß man anerkennt, daß wir von deutscher Seite aus für unser Streben, uns nicht polonisiren zu lassen, sondern für unsere deutsche Sprache, für den Staat, dem wir angehören, einzustehen das Recht haben. Meine Herren! die frühere Kultur und Behandlung der polnischen Sprache in der Provinz Posen von Seiten der Behörden hat sehr häufig leider zu Unzuträglichkeiten geführt, die fast immer zu Ungunsten der deutschen Bevölkerung ausfielen. Wenn Sie bisher an dieser Stelle nicht die Klagen gehört haben, die Sie jetzt so häufig von polnischer Seite hören, so glaube ich, daß dies nur in der Bescheidenheit der deutschen Bevölkerung nach dieser Seite hin gelegen hat, welche zu ihrer Regierung das Vertrauen hatte, daß sie mit der Zeit überzeugen werde, daß sie von Maßregeln Abstand nehmen müsse, die wesentlich der deutschen Sprache in der Provinz entgegenarbeiten und die Polonisierung vieler deutscher Kinder zur Folge hätte.

Meine Herren! wir haben es unter dem vorigen Minister, Hrn. Mühlner, ebenso bei andern Ministerien in früheren Jahren erlebt, daß fukkutive ganze Dörfer deutschen Ursprungs almählig zur polnischen Sprache und Sitte allein übergeführt worden sind.

Ich lade Sie ein, meine Herren! mit mir die Klassen der Schulen der Vorstädte und umliegenden Dörfern der Stadt Posen zu besuchen und Sie werden Kinder mit deutschen Namen und deutschen Typus finden, die nur gebrochen deutsch, dagegen sehr fertig und geläufig polnisch sprechen können.

Meine Herren! das sind Zustände, die doch eigentlich längst hätten aufhören müssen. Zugleich hat der obligatorische Unterricht der polnischen Sprache an den Schulen uns Deutsche häufig gezwungen, unsere Kinder in Gymnasien und Realschulen zu schicken, wenn wir zufällig in einer Gegend leben, in welcher überwiegend Polen wohnen, wo sie polnisch lernen müßten, was ihnen keinen Nutzen gebracht hat, sondern nur Zeit und Kraft vergeudete.

Meine Herren! gestatten Sie mir, noch ein paar Worte auch von der praktischen pädagogischen Seite dieser Verfügungen des Hrn. Mühlner zu sprechen. Wir haben es in der Provinz Posen mit Freuden begrüßt, als die l. Staatsregierung endlich sich ernannte und, ihrem eigenen Interesse treu und dem Zwecke entsprechend, davon abfaßt, das Polnische mehr zu kultivieren, als es dem Bedürfnis der polnischen Bevölkerung gemäß entspricht. Wir dankten dem Herrn Kultusminister für die weiteren Maßregeln und werden ihn auch in Zukunft nach dieser Seite hin unterstützen. Nicht, als ob wir darüber freuteten, daß etwa durch diese Maßregeln hier und da ein polnisches Kind deutsch lernen könnte, — nein, meine Herren! sie verhindern, daß in der Provinz Posen so viele deutsche Kinder polnisch werden. Das ist es, was und nach dieser Seite hin bewegt.

Meine Herren! gestatten Sie mir, noch von einer andern Seite die Sache zu betrachten. Es ist wiederholt vom pädagogischen Standpunkte gesprochen worden. Ich bitte die Herren nicht außer Acht zu lassen — was mir wiederholt von Pädagogen der Provinz Posen gesagt worden ist, — daß nämlich, wenn das Lateinische z. B. in den unteren Klassen in polnischer Sprache gelehrt würde, es eine sehr große Schwierigkeit sei, den polnischen Kindern in den höheren Klassen den lateinischen Unterricht wieder in deutscher Sprache zu geben, denn gerade der Gegensatz der Sprachen in ihren Fällen und Bedeutungen macht ja meistens die von dem Kinde zu lernende Regel aus. Ein Verbum regiert z. B. im Lateinischen den Ablativ, im Polnischen vielleicht den Dativ; im Deutschen aber fällt es mit dem lateinischen zusammen, wogegen ein anderes wieder vom lateinischen abweicht, welches mit dem polnischen den gleichen Fall regiert.

Meine Herren! dadurch entstehen die größten Schwierigkeiten, die Schüler müssen fast die ganze Sprache von einem andern Gedächtnispunkt noch einmal lernen, und wie schon gestern der Herr Kultusminister gesagt hat, ist es Thatache, daß diese Kinder in den höheren K

doch ein Theil Deiner Nation und Deiner Geislichkeit sich so sehr gegen dieselbe erklärt hat?" Der Mann hat — wie wir das auch häufig in ähnlichen Fällen begegnet sind — geantwortet: "ja, die Leute wissen nicht, wie schwer es einem Vater wird, seinen Sohn in der Welt weiter zu bringen, zu fördern, wenn er nichts weiter kann als polnisch."

Meine Herren! mir ist das ebenso gegangen in meinen Bestrebungen für das Gymnasium zu Rogasen; mir ist oft gedankt worden, und wenn ich den Herren gesagt habe: "ja, aber Eure polnischen Abgeordneten sprechen und arbeiten dem entgegen; Eure Abgeordneten sind entschieden anderer Ansicht", dann haben sie mir geantwortet: "ja, das sind die großen reichen Grundbesitzer oder die Vertreter des großen Grundbesitzes, die können ihre Kinder anderweitig in Berlin erziehen lassen, und das ihnen sie auch dort lernen ihre Kinder deutsch; aber die Herrn vergessen, daß wir, um unsern Kindern ein gedeckliches Fortkommen, eine gute Zukunft zu sichern, notwendig der deutschen Sprache bedürfen."

Meine Herren! es ist schmerlich, glaube ich, für meine polnischen Herren Kollegen, daß es so ist, aber, indem sie fortwährend ihre extremen Forderungen in Bezug auf die polnische Sprache befürworten, verlassen sie, daß sie im Begriff sind, einen ganzen fleißigen und tüchtigen Teil der polnischen Bevölkerung von den Segnungen deutscher Kultur auszuschließen; ich meine die mittleren und unteren Klassen. Diese Klassen haben, da der Verkehr nach Russland mehr oder weniger verschafft ist, ihren ganzen Fortschritt in Kultur und Wohlstand im materiellen Gedeihen wie im Geschäft nur nach Westen hin; der Handwerker, der Gewerbetreibende, der Handelsstreitende würde nach allen diesen Seiten hin allein auf die kleine Provinz Posen beschränkt sein, sobald er nicht im vollen Maße der deutschen Sprache mächtig ist; er durch sie wird er aller Wohlthaten, die unser reiches, großes, blühendes Land ihm bieten kann,theatisch. Der Handwerker kann ohne die Kenntnis der deutschen Sprache nicht in andere Städte kommen, er findet keine Anstellung u. s. w., das ist mir sehr häufig von den Beteiligten vorgehalten worden.

Meine Herren! hiermit glaube ich meiner Aufgabe Genüge geleistet zu haben indem ich Ihnen nachgewiesen habe, daß es nicht die Deutschen allein sind, welche die Maßregeln des Herrn Ministers billigen werden, sondern daß es auch ein praktisches Bedürfnis für einen Theil der polnischen Bevölkerung ist, nach ihrem eigenen Urtheil gründlich in dem Sinne Deutsch zu lernen.

Ich glaube also im Namen der deutschen Mitglieder der Provinz Posen und dieser von mir genannten polnischen Kategorie zu sprechen, wenn ich den Herrn Minister bitte, und dieser Weise fortzufahren. Er wird sich eine dankbare treue Bevölkerung in der Provinz Posen dadurch erziehen und erhalten. Bravo!

Staats- und Volkswirthschaft.

** Die Gesamtansprägung der Reichsgoldmünzen stellt sich bis 15. Februar d. J. auf 479,022,680 Mark, wovon 356,926,680 Mark in Zwanzigmarkstücke und 122,096,000 Mark in Zehnmarkstücken bestehen.

** Gotha, 1. März. In der heutigen Bziehung der Prämien-Anleihe der Stadt Budapest sind folgende Serien erzeugt worden: 268 373 457 506 537 713 739 884 921 1064 1129 1495 1654 1786 1962 1985 2045 2295 2702 2839 2863 3071 3373 3562 3606 3617 3893 4050 4119 4353 4360 4373 4497 4536 4597 4749 4819 4929 4977 5027 5217 5463 5518 5628 6108 6215 7256 7383 7387. Der Haupttreffer von 50,000 Frs. fiel auf Nr. 96 der Serie 4373; 10,000 Frs. fielen auf Nr. 70 der Serie 4977, 5000 Frs. auf Nr. 57 der Serie 7387.

Wien, 1. März. Bei der heutigen Bziehung der 1864er Lose fiel der Haupttreffer von 200,000 fl. auf Nr. 41 der Serie 1597; 50,000 fl. fielen auf Nr. 83 der Serie 1130, 15,000 fl. auf Nr. 34 der Serie 3024, 10,000 fl. auf Nr. 70 der Serie 931. Außerdem wurden folgende Serien erzeugt: 221, 733, 838, 3527.

** Internationale Meter-Kommission. Die französische Regierung hat auf Ansuchen der im Monat September vorigen Jahres zu Paris abgehaltenen Meter-Kommission die nötigen Vorarbeiten Beabsichtigt der Errichtung eines ständigen internationalen Meter-Bureaus zu Paris beendet und beginnt nun die diplomatischen Verhandlungen mit den beteiligten Mächten, um die Angelegenheit in Form von Staatsverträgen zu regulieren. Was die Kosten des zu kreirenden Organes anlangt, so dürfen zur Etablierung des Bureaus ein für allemal 500,000 Frs. hinlänglich sein; für das jährliche Erfordernis zur Besetzung der kurrenten Auslagen wurden 50,000 Frs. proponirt.

Aufforderung
der Konkurs-Gläubiger, wenn
nur eine Anmeldungs-Frist
festgesetzt wird.

— (Formular 6 der Instruktion vom
6. August 1855.) —

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Eickstein zu Köthen werden alle Dingen, welche an die Klasse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtssichtig sein oder nicht, mit den dafür vorhannten Vorrechten zum 19. März 1873 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist anameldeten Forderungen, sowie auch bis dñn zur Bekanntmachung des feststehenden Verwaltungspersonals auf den 7. April d. J.

Vormittags 10 Uhr,
in unsrem Gerichtsäale Audienz Zimmer vor dem Kommissar Herrn Kreisrichter Hesse zu erscheinen.

Bei seine Anmeldung schriftlich einzutragen, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am heutigen Orte wohnhaft in oder zur Praxis bei uns bereitstehenden auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denselben, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwälte Justiz-Rath Dr. Groß, Müller und Korporal zu Wobian und Hennig zu Winzig zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Steinau, 21. Febr. 1873.
Königliche Kreisgerichts-Deputation.

Bet der ersten Insertion in Nr. 92 dieser Zeitung war irrthümlich die Anmeldung auf den 12. März angegeben.

Berlin, 21. Februar (Vossische Zeitung). Die letzten Nachrichten über der weiteren Verlauf den Londoner Auktionen leiden sehr ungünstig, man schreibt heute, daß keine Besserung in der Stimmung Käufer zu melden ist, und daß diese vielmehr fortfahren mit der größten Zurückhaltung zu operieren und theilweise nur gezwungen Gebote abgeben. Sehr förend wirkt die ungünstige Witterung, indem heute zum dritten mal noch in dieser Woche die Auktion wegen starken Nebels vertagt wurde, so daß wir nun erst am 15. März er schließen. Die deutschen Kämmer sehr schwach vertreten, haben mit einigen Ausnahmen gar nichts gemacht. Belgien und die Rheinprovinz, sonst regelmäßige Besucher aller Auktionen, sind gar nicht vertreten. Frankreich, sehr zahlreich vertreten, hat verhältnismäßig wenig gekauft, so daß also England der Hauptkäufer ist. Der Abschlag für Kamminullen beträgt gegen November-Dezember 2 bis 2½ d. ja sogar 3 d., für Sydneys Tuchwollen sind wir ca. 1 bis 1½ d. niedriger. Bei Kapwollen ist der Abschlag nun auch hervortretend und sind deren Kourie ca. 1 d. in manchen Fällen 1½ d. unter November. Seow White haben mehr gelitten als Flea. Eine Meinung über den mutmaßlichen Verlauf der Auktion zu äußern ist unter den augenblicklichen Verhältnissen schwer, da der allgemeine Mangel an Kauflust dem Markt eine unsichere auslöse Haltung verliehen hat. Man glaubt, daß die Baisse für diese Auktion schwerlich schon ihr Ende erreicht hat. An unserm Platze machen sich die Einflüsse dieser Verhältnissen sehr bemerkbar, die Kauflust ist sehr abgeschwächt und nur kleine Bedarfsläufe unterhalten das Geschäft. Preise sind gedrückt und Feuersaft-Wollen, Loden, Gerberwollen sehr schwer und nur mit Preiskonkurrenz verlässlich. Auch Kamminullen sind weichend, und kann es nur ratsam sein im Kontrakt-Geschäft allein diesem mit der größten Vorsicht Rechnung zu tragen; hauptsächlich aber, vor kaufen ungewaschenen Wollen warnen zu dürfen, welche nach den schlechten Resultaten die sie liefert, hier fast unverlässlich sind.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Berlin, 27. Februar. Der "Germ." gibt ein Birkular der Kunsthändlung von August Böhm in Berlin zu, worin sich folgende Anzeige findet:

"Demnächst erscheint in meinem Verlage:
Der Kronprinz des Deutschen Reiches
und von Preußen

auf dem Kronenlager im Schloß zu Karlsruhe
bewacht und gepflegt von seiner königlichen Schwester
der Frau Großherzogin von Baden.

Lithographie in groß Folio, gez. v. Kaltreuter, lith. v. Fab. 2 Thlr. ord. 1 Thlr. baar; auf 12 + 1 Freieremplar.

Ein allgemeines Bedauern über die Krankheit des überall beliebten und verehrten Kronprinzen geht durch das ganze Reich, und das Gerücht von einer Vergiftung durch einen Hof-Jesuiten tritt immer stärker auf, ohne von maßgebender Seite dementirt zu werden.

Bei der großen Theilnahme, welche die Krankheit des Kronprinzen allgemein erweckt, wird ein Bild wie das oben angekündigte gern gekauft werden.

Wie alle Blätter, welche aus meinem Kunstverlage hervorgegangen, nicht gewöhnliche Lithographien, sondern wirkliche Kunstdrucke und den besten dieser Art an die Seite zu stellen sind, so ist auch das neueste Blatt trefflich ausgeführt."

Die "Germ." bemerkt dazu: Wenn Herr August Böhm doch die Güte hätte, uns eine bestimmte Person oder ein bestimmtes Blatt zu nennen, welches das oben erwähnte Gerücht als Thatzache mittheilt. Bis jetzt haben wir in der Presse wenigstens noch nirgends darüber etwas gefunden, wenn auch das Gerücht seinen Lauf bereits durch alle Volksblätter vollendet haben dürfte. Wer soll denn bei so unbestimmten Anklagen die "maßgebende dementirende Seite" überhaupt sein? Daz es übrigens auch bei der obigen Reklame nicht auf "Kunst", sondern ausschließlich auf "Geschäft" abgesehen ist, zeigt die ganze Fassung derselben. Nur ist es zu bedauern, daß selbst der Kronprinz von solchem Geschäftskrange nicht verhindert wird.

Vermischtes.

* Die 22. Stangen'sche Orient-Gesellschaftsreise wird am 26. März von Berlin aus angestreten werden. Der Reiseweg ist: München, Innsbruck, Riva, Gardasee, Verona, Venetia, Triest, Korfu,

Große Auction v. wollen. Flanellhemden.

in Berlin, Leipzigstraße Nr. 87.

Gehalt 120 Th. und Uniform, sowjetzung von 6 besten Gartenland. Güllerträger- und anfchlungsrechtigte Militärpersonen wollen sich mittels selbstgeschriebenen Lebenslaufe und melden Kenntniß der polnischen Sprache extra derlich.

N.B. Die Hemden kommen in groß. und klein Parren vor.

Krieger, königl. Auct.-Commiss. Leipzigstraße Nr. 87.

Geschäfts-Auktion.

Ein concurrenz freies Geschäft, das nachts täglich auf ca. 40-50 Minuten ist, in einer höheren Stadt in der Nähe Berlins, sofort oder später verkauft. Zur Übernahme gehören ca. 5 Mll. Fr. a. Osterseien befindet sich G. 1057 die Annonce Expedition von Rudolf Mosse in Berlin.

Kosten, den 26. Febr. 1873.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Die Firma Adolf J. Schmutz,

Inhaber derselben Adolf J.

Schmutz Bromberg, ist durch

Königl. Regierung zu Bromberg die Genehmigung er-

theilt worden in

Adolf Holz

zu verändern, welches hiermit

zu öffentlicher Kenntniß bringe-

Eine seit 50 Jahren bestehende, mi-

bekten Erfolge im eigenen Hause britis-

che Tuch-Manufactur. Eisen- u. Kurz-

Waaren Handlung in einer an der Bahn

und 2 Chauffen belegenen Provinzial-

stadt der Provinz Posen ist wegen an-

dauernder Unternehmungen zu verkaufen.

Reclamant mit einem Capital 4-5

Mile wollen ihre Adressen sub. M A

394 post-restante Posen einstellen.

Es befindet sich hier ein Haus, das

mitverkauft werden kann.

N. N. 3.

L. Krüger

Wronke.

Rit 1000 Thlr. Einlage

wird ein Compagnon gesucht, zu

einem Geschäft welche 20 p.C.

abwirft! Aadr. posta restante

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Einzelheiten siehe oben.

W. Amalie Friedländer.

Al. Herbergs. Nr. 7.

Mauersteine!!!
Vorzügliche Thonsteine und
Dachsteine offerirt billig
Terplitz,
Friedrichsstr. 20.



In meiner Heerde stehen
15 Stück sprungfähige
Original - Holländer
Boublut - Stiere, sowie
5 Stück der Shorthorn-
Race zum Verkauf.
von Jaraczewski
auf Jaraczewo.

33 Stück
fette Dachsen,
fast durchweg junges Vieh,
stehen zum Verkauf.

Dom. Szkudla,
Kr. Pleschen.

2 elegante Wagenpferde (Sow-
schädel, Stuten) 4½ Jahr alt, 5 Fr.
1 Zoll groß, auch zur Zucht geeignet,
find Umstandshalter billig zu verkaufen.
Adressen unter A. C. nimmt die
Exped. d. B. entgegen.

Chapeaux clacques
in größten Auswahl zu billigen
Preisen offeriren.

Markt 83 Markt 8.
Russak & Czapski.

Echtes
Alettenwurzelöl,

bekannt als das beste Mittel, de-
Haarwuchs zu befördern und das Au-
fallen der Haare zu verhüten. Prei
a. Glacon 7½ Sgr. Vorläufig bei
Posen. J. J. Heine,
Markt 85.

G. G. Hauke
aus der Fabrik
von in Mifris.
Bei regelmäßigen Gebrauch
dieser reinen, jedes leidende,
Treibende, Bagabende u. m. weiter-
dicht und gleichzeitig vor Rind-
geschütt. Riedelberg 92-94-96-98-99-100.

Aepfel
Wiederum mit einer großen Sendung
guter schlesischer
Gebirgs-Aepfel
angelangt, empfiehle solche zu billigen
Preise. Verkauf bei Gr. Ritterstr. 11
IV. Nr.

Dr. Lotterie.
Zur 3. Kl. verlost Anteilloose 1/4
Thlr., 1/16 7 Thlr., 1/16 3/2 Thlr., 1/32
1/2 Thlr. G. Goldberg, Neue Str.
dr. 71. Bei Lin.

Loose
der
Deutschen Lotterie

zur Gründung der Friedrich-Wil-
helm-Stiftung, sind, a 1 Thlr., in
der Exped. der Posener Zeitung
zu haben. Belegung 4. Junt c.

163. Frankfurter
Stadt-Lotterie.

Ziehung der 6. Klasse vom 5. bis
26. März. Loose zu dieser Klasse fin-
eingetroffen.

S. Lithauer,
Posen, Wilhelmsplatz 17.

Ein möbl. Zimmer vorn heraus zu
verm. Schuhmacherstr. 14 1 Tr.

Bergstraße 15, 1. Etage ist 1 Zin-
mer vom 1. April zu vermieten.

Friedrichsstr. 10, 2 Tr., ist v. 1. Apri-
l eine 11. Wohnung zu vermieten.

Unter-Wilda Nr. 17 ist vom 1. April
eine anständige Wohnung zu verm.

S. philippsplatz No. 8, ein sehr möbl.
Zimmer kommt zu vermieten.

Ein möbl. Zimmer ist sofort zu verm.

Dampf-Woll-Wasch-Anstalt
von Grossmann, Stephan & Co. i. Grünberg i. Schl.
(St. a. d. Freib. Bahn.)

Bei einer täglichen Leistungsfähigkeit von 240 Ctr. übernehmen wir die Wäsche incl. Assecuranz, Lager und Sackmiethe von unsortirten Schmutzwollen à 1½ Thlr. per Ctr. bei 10 % Rabatt für 100 Ctr., unter Genehmigung von Vorschüssen, und Besorgung des Verkaufes der reinen Wollen. — Die günstige Lage unseres Platzes inmitten grosser Fabrikstädte lässt uns die höchsten Wollpreise erzielen.

Sichere Hilfe!
Alle Dienstjenigen, welche heimlichen Sünden oder Ausschweifungen ergeben waren, und die nun deren traurigen Folgen, namentlich Zerrüttung des Nervens u. Beugungssystems, beiden d. Carnorgane, Entkräftung, Gedächtnisschwäche, an sich verfüren, finden einzig sichere, billige u. vollständig discrete Hilfe und Schutz gegen schamlose Prelleereien durch das Buch:

Dr. Rotau's Selbsthemmung.
Mit 27 patholog.-anatom. Abbildungen
24. Ausgabe. Preis 1 Thlr.
Vorläufig in jeder Buchhandlung.
bei J. Solarius.

Über 220 000
Expl. wurden bereits von demselben abgesetzt und in den letzten vier Jahren allein verdienten ihm über 15 000 Personen die vollständige Herstellung ihrer geschwächten Manneskraft und dauernde Gesundheit. Selbst Regierungen haben diesen vollständige Realität u. Nützlichkeit anerkannt. Verwirre man dieses Buch nicht mit anscheinlich ähnlichen jedoch schwindsüchtigen Nachahmungen.

Ein junges Mädchen ordentlicher Eltern findet in meinem Geschäft Unterkommen. **Benno Grätz,**
Schloßstr.

Ein Kellner
oder ord. Diener, der vollständig polnisch und deutsch schreiben kann, findet sofort Unterkommen im Hotel dn Nord.

Ein ev. Hauslehrer, mus., der schon mit bestem Erfolg für's Gymnasium vorbereitet hat, sucht Stellung. Off. sind an die Exped. der Posener Zeitung sub A. B. zu adressieren.

Ein verheiratheter deutscher Wirthschaftsbeamter, der polnischen Sprache mächtig, welchem die besten Zeugnisse Seite seien, mit allen Branchen der Landwirtschaft vertraut, seit groß Jahren gröbere Güter selbstständig mit diesem Erfolg bewirtschaftet, sucht zur 1. Juli dieses Jahres, da er wegen Verkauf der Güter seine jetzige Stellung aufzugeben als Administrator oder selbstständiger Satzelpat auf ein oder mehrere Güter anderweitige Stellung.

Ein

Wirtschaftsinspektor, welcher seine 18jährige Tätigkeit als Landwirt durch beste Zeugnisse in Zusammenhang dokumentiert, kann deutsch und polnisch sprechen, der Correspondenz und Rechnungsführung vollkommen mächtig, auch Empfehlungen amfester Landwirthe besitzt, sucht Sejannia a. o. eine selbstständige Stellung. Off. Offeren sub P. 8 Jordan pe Schwibus posto rest.

Ein der deutsch. und poln. Sprache mächtig, verheirathet.

Wirtschafts-Inspector

36 Jahr alt, 20 Jahr beim Fach schon selbstständig, kinderlos, dem Dienst Zeugnisse und Empf. zur Seite, keinen Verlangen Ration stellte an, wünscht von 1. April oder 1. Jul. cr. Stellung. Gesetzige Adresse bitte an die Expedition dieses Blattes unter N. M. D. 127 einzurichten.

Die Dame, welche aus einem hiesigen Goldwaaren-
geschäft Granatohrringe, die nicht die Ihrigen sind, aus Versehen erhalten, wird gebeten, dieselben gegen die Ihrigen zurückzugeben.

10 Thlr.
Belohnung!!

Ein kleiner Löwenpintscher, hokoladenfarbig, auf den Namen "Jerry" hörend, hinterhäl und Füße geschoren, kurzen Schwanz, ist heute abhanden gekommen. Wiederbringer erhält obige Belohnung.

Schuhmacherstr. 15,
Parterre rechts.

Posen, d. 3. März 1-73.
Der Unterz. schenkt, durch la gütige
herrliche Reanthalt dem Ede nat
über, ist neben Goiters Hilfe ledig-
lich durch umfängliche und drollige
Schandlung Seitens der Kerze
herren Dr. Pauli und Sanct-Rat
Dr. Meyer (Bris a. M.) dem Leben
und Berufe widrigegegen worden.

Ja schwader Anerkennung der Bei-
dienste dieser Herren übergebe ich hier
mit meinen Ihnen gebührenden wär-
ten Dank der O. fikt. idest.

Plaseek, Lischlermeister.
Halbdorfstr. 8a.

Oeffentlicher Dank.
Die bei meinem 50jährigen Amte-
ubium (25. Februar d. J.) mir
durch geordnet zahlreichen Bewei-
se Wohlwollers und der liebvollest
Eh. Annahme erfüllten mein Herz mit in-
digem Dank gegen die hoch verehrte
Gemeinde der Provinzial-Kreis in
Stadtbedürden, gegen das Kuratorium
der Arm- u. Waisenküche und do-
pöhlische Officercorps, sowie gegen
alle Förder, Freunde, Freunden un-
tere Kollegen von nah und fern. D.
ich nicht im Stande bin, Alles einzeln
wie ich es wolle, aus vollem Herzen
zu danken, so thue es hiermit öf-
fentlich. Gott erfreue Sie Alle mit sei-
en rächigen Segen.

Krawic, den 28. Februar 1-73.

Hilfwe Kiersch.

Hulda Kiersch,
Johannes Sohr,
Verlobte.

Statt besondere Meldung
Heute wurden durch die Geburt eines
Mädchen erfreut

Grimsleben, den 1. März 1873.

E. Rosenthal
und Frau geb. Radloff.

Den heut Morgen 6 Uhr erfolgten Tod
meines lieben Mannes zeigte ich hiermit
in alle Theilnahme blitend tiefe-
rührt an.

Jasch bei Schmersen.

Amanda Sens, geb. Hundt.
Die Beerdigung findet Mittwoch
Nachmittag 2 Uhr statt.

Circus Salamoński.

Dienstag den 4. März 1873, Abends 7½ Uhr:

Große Vorstellung.

Drittes Aufreten des Kautschukmannes

Mr. Raffin.

Auf vieles Verlangen:
Great Steeple Chasse,
oder:

Die englische Hirschjagd.

Mittwoch den 5. März:

Extra-Vorstellung,

verbunden mit einem zweiten Präsent,
bestehend in der Ponystute Flora.

Avis. Donnerstag den 6. März: unwiderruflich
letzte Vorstellung.

Stadt-Theater.

Montag bleibt die Bühne geschlossen
wegen Vorbereitung zu Fernande.
Dienstag den 4. März zum Benefit
für H. Hitzigath, Fernande. I. tens v.
Sittengemäde in 4 Alt. von Victorien
Sardou; Deutsch von Mautner (am
Reichs-Theater in Berlin 250 Mal ge-
g'en).

In Vorbereitung

Tannhäuser u. der Sängerkrieg
auf Wartburg. Große romantische
Oper in 3 Akten v. Richard Wagner
Bereits für Herrn Glomme.

Der Alpenkönig u. der Menschen-
feind Romantisches komisches Rautenspiel
mit Gesang in 3 Akten u. 8 Bildern
von Ferdinand Raimund. Benefit für
Herrn Kubal.

In Vorbereitung zum Benefit für
Herrn Edmund Glomme: Tann-
häuser. Große Oper von R. Wagner
mit bedeutend verstärkt im Chor.

Volksgarten-Theater.

Heute Montag: Vorstellung Schne-
Eckabend zum Benefit für
Herrn Edmund Glomme: Tann-
häuser. Große Oper von R. Wagner
mit bedeutend verstärkt im Chor.
Entree für jedes Mitglied 2½ Sgr.
Von Mitgliedern einzuführte Gäste
(auch Damen) zahlen 5 Sgr.

M. 5 III. 6½ □ J. II u. Bf. □

Vorlesung

zum Besten d. Diakonissen-

Hauses

in der Aula der Realschule

Dienstag, den 4. März.

Wends 6 Uhr.

ür den unerwartet amlich verhinderte

Herrn Provincial-Schulrat Polte

der Gymnasiadirektor Dr. Schwarz:

Die Schlacht von Hohenfriedberg.

Eintrittskarten in den Buchhand-
lungen der Herren Heine am Markt

Reichs am Wilhelmsplatz und Abend:

im Eingang der Aula.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Mal-
wina mit dem Kaufmann Herrn Zu-

lius Jessel aus Stettin befreit

das Beiwandeln nebst Freunden, hat

jeder besondere Meldung, ganz erge-
ben anzugeben.

Posen, den 3. März 1873.

Louis J. Löwinsohn

und Frau.

Posen.

Malwina Löwinsohn,

Julius Jessel,

Verlobte.

Stettin.

Als Verlobte empfehlen sich:

Laura Gaertel.

Hermann Schmidt

Rosinino.

Posen.

Die heut erfolgte Verlobung meines

Soehne Hulda mit dem Aktuar Herrn

Johannes Sohr hier selbst befreit

die Bevandian und Freunden statt

sonderer Meldung hiermit ergeben

zu zeigen.

Grätz, den 28. Februar 1-73.

Hilfwe Kiersch.

Hulda Kiersch,

Johannes Sohr,

Verlobte.

Posen.

Die heut erfolgten Verlobungen meines

Soehne Hulda mit dem Aktuar Herrn

Johannes Sohr hier selbst befreit

die Bevandian und Freunden statt

sonderer Meldung hiermit ergeben

zu zeigen.

Grätz, den 28. Februar 1-73.

Hilfwe Kiersch.

